

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

123 (31.5.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 Zuzustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.60 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelnummer 20 Pf. Ausgabe: Verlags mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 431. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die Reklamezeile 2.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Debatten über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages.

Vertrauensvotum für Millerand.

Paris, 29. Mai. In der gestrigen Kammerführung begründete der gemäßigte Sozialist Paul Aubriot die Interpellation über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. Der Vertrag von Versailles sei für viele Deputierte das Minimum der Rechte Frankreichs gewesen. Eine Politik der Großmut gegenüber Deutschland würde einzig und allein auf Kosten Frankreichs gehen. Er ersuchte deshalb die Regierung, der Armistismaske abzuweichen und sich mitzuteilen. Er hoffe, daß die Regierung noch sagen könne, daß sie für Spa freie Hand habe. Auf weiche Weise man auch die Gesamtsumme der deutschen Schuld festsetzen werde, diese Aufgabe komme der Wiedergutmachungskommission zu. — Millerand erklärte, in den bisherigen Verhandlungen sei noch keine Verpflichtung übernommen worden. Die Alliierten gingen nach Spa als Forderungen mit vollkommen freier Hand, um die Ausführung des Friedensvertrages, aber nicht dessen Revision, zu erzielen. Die Entlassung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. Die wesentlichsten Klauseln müßten die Alliierten durch alle Mittel zur Durchführung bringen. Es wäre eine Ungerechtigkeit und ein Skandal, wenn die Urheber des Krieges nicht die Schuld, die sie sich verschuldet hatten, zu zahlen, vollkommen entrichten würden. (Beifall.) Nachdem er die Artikel über die Wiedergutmachungen verlesen hatte, sagte Millerand weiter, er lege den größten Wert darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Funktion bleibe. Die Kommission müsse vollkommene Freiheit und absolute Autonomie haben. Sie habe am 12. Mai eine befriedigende Antwort in Bezug auf die Vons erhalten, die Deutschland als Anerkennung seiner Schuld geben müsse. Diese Vons würden aber erst wertvoll an dem Tage, an dem man sie diskutieren könne. Man habe die Möglichkeit ins Auge gefaßt, schon jetzt den Betrag dieser Schuld festzusetzen. Er gebe zu, daß es gewisse Unannehmlichkeiten habe, nicht bis zum nächsten Mai zu warten, weil man dann wertvolle Aufklärungen hätte. Aber die Kunst eines Staatsmannes sei, zwischen den großen Unannehmlichkeiten zu wählen.

Großen Beifall erzielte Millerand bei der Wiederholung seiner jüngsten Erklärung, daß die französische Regierung und die Alliierten sich nicht dazu verstehen würden, die Kaufpfänder b. h. die besetzten deutschen Gebiete aus der Hand zu geben. In San Remo war erfreulich zu sehen, daß sich die Alliierten unserer Ansicht angeschlossen und zwar nicht nur, was die Aufrechterhaltung der Besetzung angeht, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sondern auch auf die Besetzung neuer Gebiete. (Lebhafter Beifall.) Unsere Politik ist eine Politik des Einverständnisses und des gegenseitigen Vertrauens mit den Alliierten. Die Verhandlungen von Spa haben kein anderes Ergebnis gehabt, als das vertrauensvolle Einverständnis zwischen der britischen und französischen Regierung zu verstärken. Ich glaube, dies dürfte kein zu unterschätzendes Ergebnis sein. Unsere Politik ist auch eine Politik des Einverständnisses und Vertrauens in die Tat umzusetzen, müssen wir zum freien Handel übergehen und eine Politik der Tat und der Verantwortung treiben.

Die Kammer hat alsdann ein Vertrauensvotum für die Regierung mit 501 gegen 63 Stimmen angenommen. Unter den letzteren befinden sich 60 der unifizierten Sozialisten. Die 83 Stimmenthaltungen verteilen sich fast auf alle politischen Kreise.

Paris, 29. Mai. Die gestrige Vertrauensstimmordnung der Kammer für das Ministerium Millerand lautet:

„Die Kammer ist der Ansicht, daß der Vertrag von Versailles die vollkommene Wiedergutmachung der an Personen und Sachen verübten Verbrechen Deutschlands auferlegt wird. Sie billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen, daß sie die Rechte und die Interessen Frankreichs wahren wird, indem sie im Einverständnis mit den Alliierten alle Garantien aus dem Friedensvertrag sichert.“

Zum Abmarsch der Senegaltruppe.

Ein heftiger Tagesbefehl Degouttes.

Mains, 31. Mai. Der Oberkommandierende der französischen Abneerarmee, General Degoutte, hat den Mut gehabt, einen Tagesbefehl zu erlassen, in dem er nach seinem Dank an die Senegal-Brigade, die die Abneerarmee verläßt, weil sie zu einer vertraulichen Mission auf ein auswärtiges Operationsgebiet (Syrien) berufen sei, erklärt, die Truppe habe sich in dem besetzten Gebiet durch Herzlichkeit und Einfachheit die Sympathien (!) aller Einwohner erworben, die mit ihr in Verbindung gekommen seien. Der geküßte Feind gegen in Verührung gekommen sei. Die Senegaltruppe, alles was französisch sei, könne sie nicht berühren. Die Senegaltruppe könnten mit Stolz ihre Sittlichkeit (!) und ihr hohes Pflichtgefühl als Menschen und als Soldaten ins Feld führen gegenüber den perfiden Anklagen von Leuten, die so leicht die Schwärden vergessen, deren sie sich in Afrika wie in Frankreich und in Belgien schuldig gemacht hätten.

„Das Echo de Rhein“, das diesen Tagesbefehl veröffentlicht bemerkt aus diesem Anlaß, daß die Abberufung der Senegalbrigade vom Rhein keine Folge der deutschen Kampagne gegen die schwarzen Truppen sei.

Eine feierliche Erklärung der Kommandeure.

Berlin, 31. Mai. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums erschienen gestern die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister, um ihm die feierliche Erklärung abzugeben, daß sie und die ihnen unterstellten Truppenteile bereitwillig hinter der Verfassung händen und daß sie mit ihren Truppen bereit seien, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Umsturz, komme er von rechts oder links, auch mit der Waffe zu schützen.

Unruhen im Abstimmungsgebiet.

Beuthen i. Oberschl., 29. Mai. Die Kundgebung bei der Erfüllung des Plebiszitkommissariats dauerte von 8 Uhr abends bis 11 Uhr nachts. Die Polizei war machtlos. Die verurteilten, sind drei Personen getötet und zehn verwundet worden. Am 8 Uhr früh unternahm die Polen einen Angriff auf die „Ostdeutsche Morgenpost“, wo sie die Fenster scheiben zertrümmerten und die Türen einbrachen.

Beuthen i. O., 30. Mai. Heute vormittag hielten die Franzosen am Ring die elektrische Straßenbahn an und rissen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Geide, der zurzeit in Oberschlesien Vorhänge über Amerika hält, heraus. Während die Franzosen vor dem Hotel Kommit mit Geide verhandelten, fiel von der französischen Wache im Kommit-Sotel plötzlich ein Schuß, durch den Geide ins Herz getroffen und getötet wurde. Trozdem die Erregung unter der Bevölkerung noch sehr stark ist, ist es zu Ausschreitungen nicht gekommen.

Wien, 29. Mai. Die Blätter berichten aus Mährisch-Strau von andauernden Schießereien im Abstimmungsgebiet, wo in der letzten Nacht zahlreiche Personen verletzt wurden. Dies veranlaßte die italienischen Truppen zum Einschreiten und zur Befreiung mehrerer Karwiner Schächte.

Republik Lettland.

Kopenhagen, 29. Mai. Das skandinavische Pressebüro meldet aus Riga: Am 27. Mai proklamierte die lettische Nationalversammlung einmütig Lettland als unabhängigen Staat auf demokratischer Grundlage.

China unterzeichnet nicht.

London, 31. Mai. Das neutrale Büro erzählt, daß China den Versailles Vertrag nicht unterzeichnen werde wegen der Artikel, die die Rechte Deutschlands in China auf Japan übertragen. Aus diesem Grunde lehne es China ab, mit Japan Verhandlungen über Schantung einzuleiten, denn diese Verhandlungen würden die Anerkennung der betreffenden Artikel bedeuten.

Friedensverhandlungen.

Sankt Petersburg, 29. Mai. Unter der Sowjetregierung gab ihre Zustimmung, daß die Friedensverhandlungen zwischen den russischen und finnischen Delegierten am 10. Juni in Dorpat beginnen.

Paris, 30. Mai. Agence Havas. Die türkische Delegation ließ der Friedenskonferenz eine Note zugehen, in der zur Einleitung einiger Bemerkungen zu den Friedensbedingungen eine Festschlussangabe bis 11. Juni verlangt wird. Es wurde diesbezüglich noch kein Beschluß gefaßt.

Waffenstillstand zwischen Japan und Rußland.

London, 29. Mai. Die „Times“ melden: Die Feindseligkeiten zwischen Japan und Rußland sind am 25. Mai zu Ende gegangen. Die russisch-japanische Kommission zum Abschluß des Waffenstillstands ist in Sabarowost eingetroffen.

Ein neuer Streich D'Annunzios.

Belgrad, 31. Mai. Wie das schlawische Pressebüro meldet, erklärte der Ministerpräsident der Nationalversammlung, daß die Regierung benachrichtigt worden sei, D'Annunzio wolle mit seinen Truppen an einem bestimmten Tage Suiza begeben. Sie habe daraufhin die italienische Regierung verständigt, daß die jugoslawische Regierung ihrerseits entsprechende Schritte einleiten würde. Sie habe die verbündeten und neutralen Regierungen von diesen Schritten verständigt und entsprechende Befehle an die jugoslawische Armee erlassen.

Paris, 31. Mai. Der „Zeit“ berichtet die Vorgänge in Fiume hätten die jugoslawischen Beziehungen zu Italien plötzlich sehr verwickelt in dem Augenblick, wo die Verhandlungen wieder aufgenommen worden waren, da D'Annunzio sich an der Spitze seiner heillosen Soldaten, einer kleinen Vorhut, benachrichtigt hat. Die jugoslawische Regierung habe die italienische Regierung sowie die Alliierten wissen lassen, daß sie sich mit Gewalt dieser Handlung gegen ihre Völker widersetzen werde.

Amerikanische Wohltätigkeit.

Koblenz, 29. Mai. Die von den Amerikanern ins Leben gerufene Speisung unterernährter Kinder wird auf das ganze von ihnen besetzte Gebiet ausgedehnt. Es kommen in Betracht aus dem Kreise Neuwied 1500, Montabaur 800, Rahn 800, Koblenz-Land 500, Urmeter 500, Kochhem 300, Aidenau 200.

Seltenes Ereignis.

Keine Kohlenpreiserhöhung im Juni.

Berlin, 29. Mai. Laut Abendblätter hat der Reichskohlenverband beschlossen, für den Monat Juni keine Kohlenpreiserhöhung eintreten zu lassen. (Es ist ein beachtenswertes Charakteristikum unserer Zeit, daß man den Telegraph in Anspruch nimmt, wenn ausnahmsweise in einem Monat der Kohlenpreis einmal nicht erhöht wird. D. Red.)

Die badischen Wahlvorschläge.

Der Wahlleiter des 35. Reichstagswahlkreises veröffentlichte gestern die zur Reichstagswahl eingegangenen 7 Wahlvorschläge in nachstehender Reihenfolge: 1. Wahlvorschlag der Sozialdem. Partei, 2. Wahlvorschlag der deutschen Volkspartei (deutsche liberale Volkspartei Baden), 3. Wahlvorschlag der Zentrumspartei, 4. Wahlvorschlag der deutschen demokratischen Partei, 5. Wahlvorschlag der deutschen nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), 6. Wahlvorschlag der kommunistischen Partei Deutschlands (Sportklubband) und 7. Wahlvorschlag der Anab. Sozialdem. Partei Baden.

Völkerball.

Seit ein paar Jahren haben die Schulkinder ein neues schönes Ballspiel, das man auf allen Turn- und Spielplätzen beobachten kann. Zwei Parteien suchen einander mit einem Ball abzuwerfen. Dabei ergibt sich häufig die Situation, daß die eine Partei im Besitz des Balles sich in zwei Teile teilt, von denen der eine ganz rechts, der andere ganz links Aufstellung nimmt. Die andere Partei, in der Mitte zwischen beiden Teilen, muß mit aller Geschicklichkeit versuchen, dem Ball zu entgehen. Aber die rechts und die links spielen sich den Ball mit Geschicklichkeit zu. Jetzt haben ihn die rechts, und die in der Mitte flüchten schleunigst nach links herüber. Aber schon haben die rechts in hohem Bogen den linken den Ball nach rechts nehmen. Die Mittleren müssen wieder nach rechts reihans nehmen. So geht das Spiel hin und her, bis es denen in der Mitte einmal gelingt, selber den Ball zu erwischen, worauf sie ihre Bedränger rechts und links abwerfen.

Die Kinder nennen dieses Spiel „Völkerball“. Uns aber fällt das Wort Schillers ein: „Ein tiefer Sinn liegt oft im kindlichen Spiel“. Denn dieser „Völkerball“ ist in der Tat das Spiel, das seit Monaten von der äußersten Rechten und der äußersten Linken gespielt wird. Rechtsbolschewisten und Linksbolschewisten spielen sich gegenseitig den Ball zu, mit dem sie das deutsche Volk abwerfen wollen, und dieses wird so lange rafflos bald nach rechts, bald nach links flüchten, bis es sich selber einmal des Balles der Macht bemächtigt haben wird, mit dem es dann seine Gegner auf der äußersten Rechten und Linken erbeutet.

Für das amputierte Ballspiel zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken haben wir manchen Beweis erlebt. Das Wort „ohne Lebehauptung“ hat sich im politischen Sprachgebrauch des Volkes eingeprägt, weil es hoarisch die Situation kennzeichnet. Aber der verblüffendste Beweis ist uns doch in diesen Tagen zuteil geworden.

Näher konnte man annehmen, daß die Extreme rechts und links sich zwar tatsächlich helfen, aber ohne innerlich diesen Erfolg ihres unbedachten Tuns zu wollen. Jetzt aber steht fest, daß die Rechtsbolschewisten ganz systematisch Linksbolschewistische Fäulnis verurteilen, um den Rechtsbolschewisten darauf setzen zu lassen.

Es steht fest, daß die letzten Kommunistenputzsch in Mitteldeutschland, namentlich der Putzsch in Sangerhausen, von rechtsbolschewistischen Offizieren und ihren Helfershelfern mit Hilfe einer blinden und unerschrockenen Masse entfesselt worden sind. Die Urheber des Sangerhausener Putzsches waren eine Frau Schröder-Wahnke von der Raumburger Nachrichtenzentrale, die unter Leitung eines Oberleutnants Giechen steht. Der Leutnant Schumann ist unter falschem Namen in einer kommunistischen Versammlung in Sangerhausen aufgetreten und hat dort zum gewaltsamen Vorgehen aufgehetzt. Die Schröder-Wahnke hat ihn bei diesem Treiben unterstützt und beide haben auch wirklich erreicht, daß jene unreifen Elemente, die auf jede radikale Wraute hereinfallen, in blind-verrannter Torheit zu Gewalttätigkeiten schritten.

Die Schumann, Giechen, Schröder-Wahnke sind nicht die einzigen ihres Gewerbes. Schon vor einigen Tagen berichtete der „Vorwärts“ aus sicherer Quelle, daß überall in Mitteldeutschland verkleidete Offiziere und ihren Helfershelfern treiben, um einen prokanaanischen Kommunistenputzsch zur Geburt zu verhelfen. Der „Vorwärts“ dachte auch den Zweck dieses Treibens auf: Der Kommunistenputzsch soll den Vorwand für den Putzsch der Gegenrevolution bieten. Mit Hilfe der rechtsbolschewistischen Offiziere und durch passive Resistenz der Truppen will man ihn eine mächtig große Ausdehnung gewinnen lassen. Dann sollen Mitteldeutschland die Kohlen und Lebensmittel abgeschnitten werden. Auf dem Höhepunkt des Chaos wollen dann die Rechtsbolschewisten als „Retter“ einziehen, den Kommunismus in Blut erstickten, um auf seinen Trümmern die Diktatur des Säbels zu errichten.

Der Sangerhausener Fall beweist, daß dieser Plan keineswegs nur ein Papierprodukt irgendwelcher unreifer Leutnants ist, sondern daß kräftig an seiner Ausführung gearbeitet wird. Man möchte sagen: Wäre der Gedanke nicht verflucht gewesen, man wär verflucht, ihn herzlich dumm zu nennen.

Herzlich dumm wäre dieser Plan, wenn die Rechtsbolschewisten einer verständigen und geschulten Arbeiterschaft gegenüberstünden, die bis in ihre letzten Teile solches Treiben durchschaut und den Rechtspropagandisten hohnlachend die Tür weist, wo sie sich sehen lassen. Aber leider hat die blindwütige Heerei der linksradikalen Teile der Arbeiterschaft die Vernunft und Ueberlegung angenommen, zu der sie unter der Sozialdemokratie erwaagt worden waren. Man hat die alten und berühmten Führer als „Verräter“ bezeichnet, man hat jeden herabgelassenen Phrasendrescher, der radikal der Masse nach dem Mund redete, sich zum Führer aufschwingen lassen. Zudem die linksradikalen Leuten unbekannt und unerprobten Maulhelden an die Spitze ließen, haben sie es verschuldet, wenn nun irgend ein rechtsbolschewistischer Spitzel es leicht hat, sich ebenso zum

„Führer“ aufzuschwingen wie irgend ein Eisensteker Eisenreich in Offenbach oder ein Räuberhauptmann Holz in Falkenstein.

Die rechtsbolschewistische Gefahr kann nur gebannt werden, wenn die Arbeiterschaft zu der altgewohnten Disziplin zurückkehrt, wenn sie wieder den Führern vertraut, die durch jahrzehntelange Arbeit und Opfer in der Arbeiterbewegung ihre Zuverlässigkeit erwiesen haben.

Politische Uebersicht.

Noblesse der U. S. P. bei der Abfindung der Thüringer Jaunkönige.

Stadtrat Hoffmann hat auf der sozialdemokratischen Landeskonferenz Thüringens eine Erklärung über die Abfindung der Thüringer Fürsten

gegeben, die so recht zeigt, daß die „Unabhängigen“, wo sie am Ruder sind, keine Taten zeigen, die ihren radikalen Lebensarten entsprechen. Die Ansprüche des Herzogs von Meiningen, der ein Privatvermögen von etwa 120 Millionen besaß, wurden von unsern Genossen von etwa 21 Millionen heruntersgeschraubt.

Wenn man das liest, dann wird man auch begreifen, warum in den letzten Tagen von der äußersten Rechten so viel Liebeserklärungen an die äußerste Linke gerichtet wurden.

Ausländische Verleumdungen gegen die Reichsregierung.

Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht drei angebliche Geheimzirkulare des Unterstaatssekretärs der Reichskanzlei an das Reichswehrministerium, die dem englischen Blatt „von alliierter militärischer Seite“ ausgegangen seien.

In der ersten Note werde gesagt, daß die russische Drohung neue Verträge für Waffenlieferungen notwendig mache, die mit Spandau, Krupp, Siemens und Daimler abzuschließen seien, damit Deutschland auf einen neuen Krieg vorbereitet sei.

Das Wolffsche Büro ist in der Lage, authentisch zu erklären, daß diese von alliierter militärischer Seite stammenden Nachrichten völlig erfunden sind.

Französische Gegensätze.

Die Meldung der Agentur Havas, wonach sich Millerand bereit erklärt, in der Kammer in Beantwortung einer Interpellation über die Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung den gewünschten Aufschluß zu geben, wurde gleichzeitig in bemerkenswerter Weise durch die fernere Mitteilung ergänzt, daß der frühere Präsident und jetzige Senator Poincaré entschlossen sei, in offene Opposition gegen das Kabinett Millerand zu treten.

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjew.

Er tat einige Schritte nach der Tür, dann näherte er sich ihr plötzlich, sagte ihr hastig: „Leben Sie wohl,“ drückte ihr so herb die Hand, daß sie fast aufgeschrien hätte, und ging hinaus. Sie brachte die aneinander lebenden Finger an die Lippen und blies darauf, und dann plötzlich mit einer heftigen Gebärde aufstehend, ging sie, als wollte sie Basaroff zurückrufen, mit raschen Schritten auf die Tür zu.

Zwei Stunden später trat Basaroff in das Schlafzimmer — mit tausendsten Stiefeln, unordentlichem Haar und finstern Blicken. Er fand Arkadi noch auf. Den Ueberrock bis ans Kinn zugeknöpft saß er mit einem Buche in der Hand am Schreibtische.

„Du bist heute abend lange bei Anna Sergejewna geblieben,“ sagte Arkadi, ohne auf seine Frage zu antworten. „Ja, ich bin so lange bei ihr geblieben, als du mit Katharina Sergejewna Klavier gespielt hast.“

„Ich habe nicht gespielt...“ begann Arkadi und verstummte dann. Er fühlte, daß seine Augen sich mit Tränen füllten, und er wollte vor seinem Freunde, dessen höhnische Bemerkungen er fürchtete, nicht weinen.

Wer Diktatur predigt, wird Terror ernten.

Im neuesten Heft der „Weltbühne“ veröffentlicht der Unabhängige Heinrich Ströbel einen Artikel, überschrieben: „Die Diktatur“. Es ist interessant, wie Ströbel über seine eigenen Parteigenossen, darunter den Hamburger Reichstagskandidaten der U.S.P., Wilhelm Herzog, urteilt. Es heißt da: „Herr Wilhelm Herzog als Person ist mir völlig gleichgültig. Aber seit er sich zum Propagandisten des Räteystems und der Diktatur des Proletariats entwickelt hat, ist er einer der politischsten Schädlinge geworden, die den Körper der U.S.P. zerstören und der deutschen Revolution das Grab schaufeln helfen.“

Was Ströbel hier dem Unabhängigen Herzog ins Stammbuch geschrieben hat, gilt für fast alle Unabhängigen. Die U.S.P. predigen Diktatur und werden Terror ernten, wenn sie das Heft in die Hände bekommen. Es gilt bei den bevorstehenden Wahlen zu wählen zwischen Demokratie und Bürgerkrieg. Wer gegen den Bürgerkrieg ist, muß Sozialdemokraten wählen.

Der Kampf um die Frage der Revision des Versailler Friedens in die entscheidende Phase getreten ist. Natürlich sind diese und die etwa noch kommenden Vorgänge auch für uns in Deutschland von größter Bedeutung. Darüber hinaus soll jetzt aber in Frankreich Klarheit geschaffen werden, in welcher Richtung sich die fünfjährige Politik auf dem ganzen europäischen Kontinent entwickeln soll.

Als am folgenden Morgen Frau Odinzoff zum Tee erschien, sah Basaroff lange über seine Tasse gebeugt da. Dann heftete er plötzlich die Augen auf sie. Sie wandte sich zu ihm um, als ob er sie erstehen hätte und es schien ihm, als ob ihr Gesicht ein wenig blässer sei als am vorhergehenden Abend. Sie beugte sich bald in ihr Zimmer zurück und zeigte sich erst wieder beim Frühstück. Das Wetter war etwas regnerisch und so konnte man nicht spazieren gehen.

„Eugen Wassilitsch,“ sagte Anna Sergejewna, „kommen Sie auf mein Zimmer...“ Sie nannten mir da gestern abend ein Sandbuch... Sie stand auf und ging nach der Tür. Die Fürstin schaute um sich, mit einem Blick, als wollte sie sagen: „Sicht, sieht, wie erstaunt ich darüber bin!“ Dann maß sie wieder Arkadi, aber er wechselte einen Blick mit Katka, neben welcher er saß, und setzte seine Rekläre mit gehobener Stimme fort.

„Wie hieß doch das Buch?“ begann sie nach kurzem Schweigen. „Belouze und Fremy, Sandbuch der Chemie,“ antwortete Basaroff. „Lebriens kann ich Ihnen noch Ganot, Lehrbuch der Experimentalphysik, empfehlen. Die Rechnungen sind in diesem Werk genauer und dieses Buch ist überhaupt...“

stift geltend gemacht haben, mehr und mehr zum Durchbruch gelangen. Der Glaube scheint berechtigt, daß man in Italien die weiteren beibehalten wird, und was England anlangt, so hat der Finanzminister Dr. Reuelhan zu dem jüngsten geäußert, in seiner Heimat ginge die Debatte nicht mehr dahin, ob, sondern wie der Versailler Friede der wahren Sachlage besser anzupassen sei. Es ist vielleicht begreiflich, daß man sich in Frankreich bis zum äußersten der Sprache der nüchternen Wirklichkeit verhält, aber es ist ebenso sicher, daß dieser Widerstand eines Tages überwunden werden muß.

Wahlen und Generalfreik.

In Arbeiterkreisen kann man jetzt ab und auf die Meinung vertreten hören, die Reichstagswahlen seien ja eigentlich gar nicht so wichtig, weil doch am Ende der Generalfreik die letzte und schärfste Waffe der Arbeiter seien. Zielen die Bestrebisse des Parlaments nicht so aus, wie man sie haben wolle, dann man sie ja durch den Generalfreik wieder beschließen.

Es ist schwer festzustellen, ob solche törichte Redereien im Einzelfall von einem christlich überzeugten Vierzehnjährigen oder von einem Kerl, der im Tagelohn der reaktionären Wahlpropaganda arbeitet, die reaktionäre Wahlpropaganda entwickelt einen sieberhaften Eifer, verpulvert ungeheure Summen und steht vor keinem Mittel zurück. Die reaktionäre Propaganda muß das Ziel verfolgen, in den Massen, die für sie nicht erreichbar sind, zum mindesten das Gefühl der Glückseligkeit und Müdigkeit gegenüber der Wahl hervorzuwecken.

Der Generalfreik ist eine mächtige Waffe der Arbeiterschaft. Was er leisten kann, hat er beim Rapp-Putsch gezeigt. Wer weiß, wann das deutsche Volk und unter welchen Umständen es gewählt haben würde, hätte nicht der Generalfreik in wenigen Tagen das Haupt des monarchistischen Unsturzes verschmettert. Der Sieg wäre nicht so leicht geworden, wenn nicht fast die ganze höhere Beamtenschaft und die meisten Offiziere des Reichswehrministeriums gegen Rapp mit generalfreik hätten. In der Isolierung kämpft es sich viel schwerer. Darüber soll man sich auch keinen Täuschungen hingeben, wenn man nicht später einmal bittere Enttäuschungen erleben will.

Der Generalfreik ist aber kein Mittel, Gefährdung und Verwundung dauernd zu beeinflussen. Denn der Strom der Staatsmacht fließt ununterbrochen, der Generalfreik kann nur teilweise aufhalten und in kürzeren Zeiträumen nicht mit Erfolg wiederholt werden. Durch den Generalfreik kann man unter günstigen Umständen eine Veränderung der Verfassung herbeiführen oder eine unerwünschte Veränderung vereiteln. Das erste ist ungenau schwer und auch nicht empfehlenswert in einem Lande, in dem das Volk selbst über seine Verfassung zu beschließen hat. Die Verfassung der Deutschen Republik kann von der gemäßigten Volksvertretung oder vom Volke selbst in direkter Abstimmung geändert werden. Wenn eine Mehrheit für eine solche Veränderung vorhanden ist, beharrt es keines Generalfreiks; ist sie aber nicht vorhanden, so führt der Generalfreik vornehmlich zum Scheitern verurteilt.

Technisches gilt für die Vertiefung der Verfassung gegen eine unerwünschte Veränderung. Erfolgt diese Verfassungsbänderung auf verfassungsmäßigem Wege, dann hat der Generalfreik von vornherein die Wehrheit des Volkes gegen sich. Ganz anders steht es dagegen bei dem Verfassungsbruch einer Minorität, wie beim Rapp-Putsch; hier wirkte der Generalfreik durch eine gewaltige Volksmehrheit und in ihrem Sinne für die Wiederherstellung der freiheitlichen Verfassung, und darum hatte er durchschlagenden Erfolg.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, welcher Anstich es ist, zu behaupten, daß Wahlen für die Arbeiter irgendwie durch einen Generalfreik ersetzt werden.

Lassalle sagte, die Kunst der Politik bestehe darin, alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren. Der Punkt, auf den jetzt alle Kraft konzentrieren werden muß, ist die Wahl des neuen Reichstags. Schädlich, weil ablenkend und abschweifend, wirken alle Theorien, die die Bedeutung des demokratischen Parlamentarismus herabsenken und den Arbeitern einzureden versuchen, daß ihre eigentliche Kraft ganz wo anders liege, daß Wahlen also eine verhältnismäßig gleichgültige Sache sei. Ruhen an diesen Theorien hat nur die Reaktion, die bestrebt ist, bei ihren Gegnern die Wahl müdigkeit in dem gleichen Maße zu erzeugen, wie sie bei ihren Anhängern den Wahleifer stürt.

Frau Odinzoff streckte die Hand aus. „Verzeihen Sie, Eugen Wassilitsch, aber ich habe Sie nicht hierher gerufen, um mit Ihnen von physikalischen Sandbüchern zu reden. Ich möchte unser Gespräch von gestern abend wieder aufnehmen: Sie verstehen mich so plötzlich...“ Es wird Sie doch nicht langweilen. „Ich stehe zu Diensten, Anna Sergejewna. Aber wovon sprachen wir denn gestern abend?“

Frau Odinzoff sah Basaroff ein wenig von der Seite an. „Ich glaube, wir sprachen vom Glück. Ich erzählte Ihnen von mir. Aber — da mir gerade das Wort Glück in den Mund kommt — sagen Sie mir doch, warum scheint uns, selbst wenn wir uns am Beispiel an einem schönen Abend an der Musik oder an der Unterhaltung mit Menschen, die uns sympathisch sind, erfreut haben — warum scheint uns das alles mehr eine Andeutung irgend eines unendlichen Glückes, das irgendwo vorhanden ist, als jenes wirkliche Glück, das wir selbst genießen? Woher kommt das? Oder sollten Sie niemals etwas Ähnliches empfunden haben?“

„Sie kennen das Sprichwort: Nur da ist uns wohl, wo wir nicht sind, verzeihen Sie...“ „Auch haben Sie mir gestern abend selbst gesagt, daß Sie sich nicht befriedigt fühlen. Aber ich glaube nicht, daß mir je solche Gedanken in den Sinn gekommen sind.“

„Erscheinen Sie Ihnen vielleicht lächerlich?“ „Nein, aber Sie kommen mir niemals in den Sinn.“ „In der Tat? Ich möchte gern wissen, an was Sie eigentlich denken.“

„Wie? Ich verstehe Sie nicht.“ „Hören Sie: ich habe schon lange gewünscht, mich Ihnen gegenüber offen auszusprechen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen — Sie wissen das selbst — daß Sie kein gewöhnlicher Mensch sind. Sie sind noch jünger — das ganze Leben liegt noch vor Ihnen. Auf was bereiten Sie sich vor? Welche Zukunft erwartet Sie? Auf welches Ziel steuern Sie los? Wohin gehen Sie? Was haben Sie auf dem Herzen? Mit einem Wort: wer und was sind Sie?“

(Fortsetzung folgt.)

Frauen und Männer des werktätigen Volkes! Merkt euch folgendes:

Der freie Volksstaat ist dahin, wenn die reaktionären Parteien einen Wahlerfolg erzielen. Das gleiche ist der Fall, wenn die Unabhängigen und Kommunisten einen starken Stimmengewinn haben sollten. In beiden Fällen kommt der Bürgerkrieg und mit ihm Not und Elend und als Letztes die Reaktion.

Darum kämpft mit aller Kraft für die Liste

Geck = Schöpflin = Riedmiller

Badische Politik.

Die Deutschnationalen für den Versailler Frieden.

Angesichts der deutschnationalen Hege gegen die Männer der Regierung, die den durch die Schuld der Alldeutschen herbeigeführten Versailler Frieden unterzeichneten, ist es notwendig, daran zu erinnern, daß um jene Zeit, als Süddeutschlands Grenzen schwer bedroht waren, aus deutschnationalen Stimmen für Unterzeichnung des Versailler Friedens zu hören waren. So wird jetzt zweckmäßig darauf hingewiesen, daß damals auch die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung“ für die Unterzeichnung des Friedens eintrat, weil darin die einzige Rettung Deutschlands lag, was sie wie folgt begründete:

„Es ist gar nicht nötig, daß die Feinde ganz Deutschland besetzen. Riegt doch vor ihrer Nase unser letztes Kohlengebiet, das Ruhrgebiet; wenn sie auch nur dieses besetzen und gegen das übrige Reich absperrten, so kann bei uns in Wäldern keine Eisenbahn mehr fahren, keine Fabrik mehr arbeiten, verläßt das Licht unserer Städte, der Gasherd unserer Haushaltungen. Daneben brauchen die Feinde nur noch die Hauptverkehrsadern zu besetzen und sie können den Norden vom Süden trennen. Der Sieger kann Zölle, Steuern, Abgaben aller Art erheben, er kann Requisitionen und Kontributionen auferlegen, er kann die Naturkräfte für sich ausbeuten lassen, er kann sich, wo Geld nicht bezutreiben ist, durch Weisnahme schadlos halten.“

Dann war das deutschnationale Organ die Frage auf, wie lange würden unsere Leute es aushalten, wenn „mit der Ablehnung der Krieg wieder begänne“, womit „unser Volk jeder feindlichen Willkür, Bedrückung, Quälerei, Gewalttat ausgeliefert würde“, die es wie folgt beantwortet:

„Jetzt schon flüchten die Leute aus Mannheim und Frankfurt weil sie die feindliche Besetzung fürchten. Sieht man auf die Protestversammlungen, so kommt man meinen, wunder welche inneren Widerstandskräfte wir hätten. Es sind aber alles nur Worte. Es kann noch viel schlimmer kommen. Das äußerste letzte Unheil von unserem Volke abzumenden ist heute die Pflicht fälligen Rutes, der imstande sein muß, allen Grimm, alle Schmach, alle Verzweiflung hinunterzuwirgen. Ginein mit uns in das Gefüge dieses Friedens, sonst gibt es von vornherein niemals eine Auf-erhebung.“

So mußten wir selbst nach deutschnationaler Auffassung in diesen Frieden hinein — heute aber stellen sich dieselben Deutschnationalen als Ankläger gegen die Friedensunterzeichnung hin, um die Schuld abzuwälzen, die gerade sie selbst an diesem Ludendorff-Frieden tragen.

Landwirtschaft und Politik.

Angesichts der Erkenntnis, wie sehr unser ganzes Volk auf Blüte und Gedeihen der Landwirtschaft angewiesen ist, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Politiker, welcher Anschauungen er auch sein mag, bemüht ist, der Landwirtschaft nach Möglichkeit zu helfen. Wer daher in parlamentarischen Reden tätig ist, oder dies genauer beobachtet, wird diese Feststellung auch bestätigen müssen, so gern sie auch von Seiten der Redner aus demagogischen Gründen bestritten wird. Es ist deshalb wertvoll, daß ein Kenner der Landwirtschaft, wie der demokratische Landtagsabg. S.änger sich in der Landtags-sitzung vom 4. März 1920 zu folgendem offenem Wort über das Verhältnis der Parteien zur Landwirtschaft entschloß:

„Mein Herr! Ich kann mich ganz gut erinnern, daß wir früher hier in diesem Saale zum Wohle der Landwirtschaft im großen und ganzen alle zusammen gearbeitet haben. Wir haben sogar mit der Sozialdemokratie von der besonders der bestrebene Abg. Kolb immer für die Landwirtschaft zu haben war, Gesetze gemacht, die zum Wohle der Landwirtschaft dienen! Sollte es das heißen, wenn wir uns hier als politische Parteien über unsere Bauernfreundlichkeit streiten?“

Angesichts dieser Feststellung darf man mit Recht jedes Auftrumpfen einer Partei mit besonderer Bauernfreundlichkeit als plumpe Demagogie bezeichnen, die die Landwirtschaft darüber hinwegtäuschen soll, daß allgemein von allen Parteien um Wohlergehen der Landwirtschaft mitgearbeitet wird.

U.S.P.-Auffassungsereignis. Aus Frankfurt bei Bruchsal wird uns geschrieben: In der „Soz. Republik“ Nr. 108 vom Dienstag den 11. Mai wird über eine hier abgehaltene Versammlung der u.a. Soz. Partei berichtet, die Angaben entsprechen jedoch nicht der Wahrheit. Daß bei der neugegründeten Ortsgruppe sich sofort 5 Gemeinderäte einschreiben ließen, glauben die Herren U.S.P. selbst nicht, viel weniger die gesamte Einwohnerschaft Frankfurt, die Herren U.S.P. wollen mit solchen Schwindeln nur Propaganda für die bevorstehenden Wahlen treiben. Wenn sie sich aber mit derartiger der Wahrheit widersprechenden Artikeln einschreiben wollen, so werden sie damit die Welt nicht erobern, am allerwenigsten die Wähler der Gemeinde Frankfurt, was dem neuen Vorsitzenden Herrn Luft auch bekannt sein sollte.

U.S.P.-Gefläß. Die Mounheimer unabhängige Tribune und ihr karlsruher Ableger „Sozialistische Republik“ nahmen es ungenügend an, daß Reichstagsabg. Müller in den Reichstagen bekannt gab, daß „Tribüne“ und der Volksmeinung, wenn es sich nicht hätte: „Genosse Hermann Müller“, so würde sich der Teufel um diesen Müller drehen; aber der Reichstagsabg. Müller die Versammlungen mit Bourgeoisie! Das Klappern höre nun einmal zum rechtssozialistischen Wahlhandwerk. Die U.S.P. sind doch große Geschler. Denn größere An-

reicher als sie gibt es doch wirklich nicht. Sie stellen in Karlsruhe den Volksbeauftragten a. D. Emil Barth zur Schau, dann den früheren Polizeipräsidenten von Berlin Emil Eichhorn nächsten Donnerstag spricht der glänzende Redner unserer Partei Arthur Griespian, die Minister a. D. Schwarz und Brümmer machen das Land unsicher. Alles natürlich damit die Bourgeoisie die Versammlungen fülle, meist noch für 1 M Eintritt — was der Bürger auch gerne zahlt, da er im Kino die Senzation so billig hat und andere Karnevalveranstaltungen nicht mehr stattfinden dürfen.

Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe.

Samstag vormittag trat im großen Saal der Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe zu ihrer dies-jährigen Tagung zusammen. Die Versammlung war stark besucht; Zuhörer waren jedoch keine erschienen. Der Kreisvorsitzende, Amtsleiter Geh. Rat Septing, begrüßte die Erschienenen und führte u. a. folgendes aus: „Der Kreis hat das erste Jahr einer auf Grund der Neuordnung der Dinge durchgeführten Verwaltung hinter sich. Das Neue, das den Kreisen die Ver-ehrung des Jahres 1919 gebracht hat, ist die durch die direkte Verhältniswahl erfolgte Verlegung der Kreisorgane. Das markanteste Merkmal dieser Verlegung ist die Mitarbeit der Vertreter eines wirklichkeitsvollständigen und bedeutenden Volks-teiles, deren Mitwirkung in der Kreisverwaltung bis dahin so gut wie ausgeschlossen war. Das Fehlen dieser Vertretung wurde schon seit Jahrzehnten von allen Einsichtigen sehr viel weniger ge-griffen als bebauert und es muß heute noch mehr bebauert wer-den, wenn man sieht, in welcher selbstverständlichen und klaren Form sich diese Zusammenarbeit vollzieht. Das war schon in der letzten Kreisversammlung zu erkennen; noch mehr aber trat es zutage in den regelmäßigen Beratungen der Ausschüsse. Unter-menschenlich wie geschäftlich bewährter Leistung waltete hier immer eine Harmonie ab, die erkennen läßt, daß trotz aller Verschieden-heit der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und wohl auch reli-giösen Ansichten sich ein Gemeinames der Weltanschauung fin-det, das wohl am besten mit dem Begriff „Humanität“ sich deckt und das ebenso Grundlage wie Ausgangspunkt und Endziel aller öffentlichen Tätigkeit sein muß.“

Es ist bekannt, daß die Neuordnung der Kreisverfassung noch nicht ihren Abschluß gefunden haben. Das in Aussicht genom-mene Verwaltungsrecht wird sich jedenfalls mit den streifen ein-gehend befassen. Der Kreisvorsitzende hat selbstverständlich ein Interesse daran, ob ihm für die Zukunft eine Erziehungsberechtig-ung überhaupt noch zuerkannt wird. Eines zur uns allen not: Das ist die Einführung in den Geist der neuen Zeit. Man hat uns Verwaltungsbeamten oft genug vorgeworfen, daß uns eine solche Einführung unmöglich sei, da uns der Kontakt mit wichtigen Volksteilen fehle. Dieser Vorwurf war nicht an die richtige Adresse gerichtet. Wir Verwaltungsbeamte haben alle den Wunsch und das dringende Interesse, mit allen Volksteilen möglichst enge Fühlung zu halten. Die meisten von uns konnten es schon früher nicht verstehen, daß uns eine solche Mög-lichkeit nicht überall gegeben war, heute aber werden wir Ver-waltungsbeamte alle unsere Stimme erheben, wenn uns noch vorhandene Möglichkeiten eines Kontaktes gar noch genommen werden sollen. Im übrigen möchte ich wünschen, daß von der er-wähnten Harmonie auch die heutige große Versammlung getragen sein möge; das kann unserem Kreise nur zum Segen, der All-gemeinheit aber zum nachahmenswerten Beispiel gereichen.“

Durch Zuruf wurde Stadtrat Abg. G. d. Karlsruhe zum Vorsitzenden und Stadtrat Kern-Forsheim zu seinem Stellvertreter bestimmt. — Der Vorsitzende des Kreis-ausschusses, Stadtrat B. F. F. F., verwies bei der Erörterung des Tätigkeits-berichts auf die noch bestehenden Fragen der Errichtung einer landwirtschaftlichen Frauenkademie und eines Alters- und Juv-enilheim; für das letztere war das dem Prinzen Roy von Baden gehörende Schloss Bau Isolat bei Forsheim in Aussicht ge-nommen worden. Während der Verhandlungen mit der Karlsruher Kreisverwaltung vermittelte diese aber das Schloss an die Stadt Forsheim zur Verwertung als Kinderferienheim. Die Vorarbeiten für die Entwürfe der Kreisverwaltung des Rhein-lands bei Heilsheim, Gochstetten und Winkenheim nehmen einen günstigen Fortgang. Die Verhandlungen mit der U.S.P. über die Übernahme der Wasserversorgung durch den Kreis Karlsruhe werden noch. Was die finanzielle Lage des Kreises anlangt (die Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben und über den ungedeckten Aufwand sind schon mitgeteilt worden) so sei er zu strenger Sparsamkeit angehalten. Bei einer weiteren Neuordnung der Kreisverfassung müsse unter allen Umständen das Selbstverwaltungsrecht des Kreises aufrecht erhalten werden. Die Zahl der Kreise, 11, sollte nach nicht ver-ringeren, sondern bestehen lassen. Was die Zuweisung neuer Aufgaben an die Kreise betreffe, so komme hier wohl die Er-werblosenfürsorge und die Bearbeitung des Siedelungs- und Bauwesens im Kreise in Frage.

In der Aussprache wurden von den Kreisabg. Stöhrer-Eitlingen und Schöpflin-Langensteinbach die Zustände bei der Altkassenangelegenheit und bemerkt, eine Staatshilfe sei schließ-lich unabweisbar. Kreisabg. Hajner-Karlsruhe-Büppur forderte die Übernahme der Nebenbahnen auf das Reich; den Kreisen könne man die Finanzierung der Nebenbahnen nicht überlassen. Redner befragte die Ausnutzung der Pflegeheime auf dem Lande. — Kreisabg. Stäuber-Bruchsal begründete einen Antrag, in den Voranschlag des Kreises 25 000 M für die Gewährung von Zinszuschüssen an bedürftige, gemeinnützige Bau- und Siedelungsvereinigungen einzustellen. — Kreisabg. Du-jer-Gochstetten erörterte die Rheinland-Entwässerung, durch die die betr. Gemeinden finanziell sehr stark belastet würden. Elend und Armut müßten größere Zuschüsse leisten, mindestens je 25 Proz. — Kreisabg. W. h. m. n. -Forsheim wünschte, daß, wenn Zuschüsse an die Arbeiterkolonien gegeben würden, solche Zuschüsse auch den Christlichen Gewerkschaften und den Organisationen der Angestellten gewährt werden müßten. — Kreisabg. Auf-Schneidgen äußerte den Wunsch nach Unter-schlagung der Bauernsekretariate. — Kreisabg. Gochstetter-Karlsruhe erbat nähere Auskunft über die Verhandlungen mit der U.S.P. — Vorsitzender F. F. F. bemerkte, daß die Kreisver-sammlung über die weiteren Verhandlungen auf dem Laufenden

gehalten würde. Die Übernahme der Nebenbahnen durch Staat und Reich erweise ausgeschlossen. Den Beitrag des Kreises zur Rheinlandentwässerung sollte man auf 20 Proz. belassen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde die neue Gebüh-renordnung und die Gewährung eines Kreisbeitrags in Höhe von 20 Proz. der Kosten und höchstens 90 000 M an die Gemein-den Heilsheim, Winkenheim und Ruffheim zur Entwässerung des Rheinlandes einstimmig genehmigt; ebenso fand der Antrag auf Zuschußgewährung an bedürftige Bau- und Siedelungsge-sellschaften einstimmig Zustimmung. — Ohne wesentliche Debatte wurden die Voranschläge über die Unterhaltung und Neubauten der Kreisstraßen und Kreiswege genehmigt, ebenso die Lohn-verhältnisse der Kreiswärter und Bewärter. — Ueber die Kreispflegeanstalt Sub berichtete Kreis-ausschussmitglied Stritt-Karlsruhe, der dazu ausführte, daß sich die Neuorganisation bewährt habe, ebenso die Anstellung eines Direktors im Hauptamt. Direktor Dr. Gerke habe sich mit Pflichten und Hingebung seiner neuen Aufgabe zugewendet und ihr großes Verständnis entgegengebracht. Deshalb sei es ihm auch gelungen, das Vertrauen der Pfleger in hohem Maße zu gewinnen. — In der Aussprache wurden von verschiedenen Rednern, darunter den Kreisabgeordneten Hermann-Karlsruhe, Weber-Wiesbaden, Kruse-Karlsruhe, Frau Rup-pinger-Forsheim und Frau Anglinger-Karlsruhe die Zustände in der Sub anerkannt und einige Wünsche vorgetragen. — Hier wurde um 1 Uhr abgebrochen.

In der Nachmittags-sitzung berichtete Kreis-ausschussmitglied Abg. Red. Engenlein über die Anforderungen für die Förderung der Landwirtschaft (Kreiswonderlehrer, Tier- und Obstbaumzucht und Jagdschadenversicherung). Die Anforderungen hierfür werden in Höhe von rund 28 000 M ge-nehmigt. Ebenso die Anforderungen für die gesetzliche Armen-pflege des Kreises, worüber Kreis-ausschussmitglied Stäbel-bacher-Karlsruhe Bericht erstattete. Zur Befreiung des Landarmenaufwands wurden 200 000 M in Ausgaben und 100 000 M als Ertragslofen in Einnahmen gestellt. Es folgte der Bericht des Kreis-ausschussmitgliedes F. Lohr-Durlach über die Erziehung der Armenkinder. Hierfür wurde der Be-trag von 200 000 M in den Voranschlag eingestellt.

In der sich hieran anschließenden Aussprache bedauerte Kreis-ausschussmitglied Frl. K. Krausmann-Karlsruhe, daß häufig keine Familien zur Aufnahme der Pflegekinder vorhanden seien, so daß auf die Anstaltspflege zurückgegriffen werden müsse. Zur Verpflegung nichtvollständiger krüppelhafter Kinder wurden 10 000 M bewilligt.

Im folgenden berichtete Kreis-ausschussmitgl. D. Herrmann-Bretten über die Beihilfe zu operativen Au-zen und Heilstätten, über die Verpflegung armer Augenranter, wozu Anforderungen von 24 300 M gestellt wurden. In der Aussprache über diesen Punkt verlangte Frl. Anglinger-Karlsruhe einen Beitrag von 1000 M zur Befämpfung des Alko-holismus und Kreisabg. Müller-Dörsch bei Forsheim wünschte in einem Antrag, daß die alten Dialonjinnen und Darmberzigen Schweitern, die sich seit Jahren ausschließlich der Landtrankpflege gewidmet haben und von den Gemeinden un-terstützt werden müssen, auf Erträgen ebenfalls eine Gehalts-beihilfe von 100 M erhalten. — Kreis-ausschussmitglied Schü-belin-Forsheim beantragte die Ueberweisung des Antrages Müller an den Kreis-ausschuss, damit er bei der Neuordnung des Krankenpflegewesens auf dem Lande berücksichtigt werde. Dieser Redner berichtete danach über die Förderung des Kran-kenpflegewesens in den Landgemeinden, wofür ein Be-trag von 8500 M gefordert wird. — Kreisabg. Müller-Dörsch hat, seinen Antrag anzunehmen; dem Kreis-ausschuss sollte man gestatten, den Betrag von 8500 M zu überarbeiten.

In der weiteren Aussprache wurde dieser Antrag von Kreis-ausschussmitglied Herrmann unterstellt. Bei der Abstimmung wurden die Anträge von den Kreisabg. Frl. Anglinger und Mül-ler-Dörsch dem Kreis-ausschuss als Material überwiesen.

Kreis-ausschussmitgl. B. F. F. F. berichtete im folgenden über den Voranschlag für die Kreisfürsorgegeschwehrene, wo-für 63 500 M gefordert und auch genehmigt wurden. — Es folgte der Bericht des Kreis-ausschussmitgl. Heilmann-Eitlingen über die Förderung des Handwerks, wofür ein Betrag von 8000 M genehmigt wurde. — Kreis-ausschussmitglied Weerappel-Unterzombach erstattete den Bericht über Haushaltungsunter-richt, Handarbeitslehre und Arbeitsschule. Nach einer kurzen Aussprache wurden die Anforderungen hierfür mit 11 900 M ge-nehmigt. Damit war die Verichterstattung über die einzelnen Aufgaben des Kreises erledigt.

Die Versammlung befaßte sich nun mit den Rechnungs-ergebnissen und dem Voranschlag des Kreises. Dieser wurde für das Jahr 1920 mit 1 172 753 M in den Einnahmen und 3 647 227 M in den Ausgaben genehmigt und im Anschluß daran wurde die Vergütung des Kreis-ausschussvorsitzenden von jährlich 3000 M auf 6000 M erhöht. Die Umlage wurde auf 47 A von 1000 M Steuerkapital festgesetzt. Die Rechnung der Anstalt Sub wurde genehmigt, ebenso die Kreisrechnung. Damit war die Tagesordnung nach Vornahme der Wahlen in die Rechnungs-prüfungskommission erledigt und die Versammlung wurde von dem Kreis-ausschussmitglied Septing, nachdem aus ihrer Mitte den Vorsitzenden Stadtrat Geck für seine Geschäftsführung und eben-so den Beamten des Kreises für ihre Tätigkeit Dank gesagt war, um 10 Uhr geschlossen.

Aus der Partei.

Die Not der geistigen Arbeiter heißt der Marxist, müde dem der preußische Kultusminister Genosse Konrad Gänisch im Verlag von Dr. Werner Kluthardt in Leipzig ein Vortrag-sheft erscheinen läßt, den er zu Beginn dieses Jahres auf Ein-ladung des „Partei geistig schaffender Berufe“ im Leipziger Buchhändlerhause gehalten hatte.

Beingarten. In einer in der „Festhalle“ tagenden Wäh-lerversammlung sprach am Donnerstag Genosse Schöpflin. Der Redner fand große Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall. Begnert meldeten sich nicht zum Wort. Der Besuch der Ver-sammlung ließ viel zu wünschen übrig.

Seite 2.
Durchbruch ge-
in Italien die
Politik bis auf
agt, so hat der
in jüdischen
n App-Büch-
t mehr darin,
sachlage besser
sich in Frank-
n Wirklichkeit
verstand eines

und auf die
hien seien
im Ende der
der Arbeiter
so aus, wie
Generalstreit

bederen im
pflammen
aktionä.
Wahlpropa-
realtio-
Waffen,
Gefühl der
der Wahl

er Arbeiter-
tisch gesetz-
en Umständen
Generalstreit
stures zer-
geworden,
ft und die
Kerium d
Folterung
auch keinen

el, Gefeg-
Denn der
General-
Beitrag
General-
berung der
Aenderung
nicht emp-
über seine
Deutsch-
der vom
Wenn
ist, beauf-
a, so läßt
mpathie in
teilt.

ung gegen
Lungsände-
General-
ich. Ganz
ner Min-
General-
ne für die
b darum

unfin-
nendule

che darin,
ren. Der
den muß,
ich, weil
die Be-
legen und
eine Kraft
inidmähig
errien
e Ge-
zu er-
telt.

abe Sie
falschlich
nach von
mich so
er woben

Seite an-
e Ihnen
in den
int uns
Abend
Wenn,
die
int uns
ndlichen
wirkliche
Oder
haben?“
ohl, wo
e Sie
friedigt
bedauert

imm.
as Sie
hnen
nicht
wöh-
Reben
dort?
teuern
f dem

Aus dem Lande.

Mannheim, 30. Mai. Wüchlich vom Käferhaler Wasserwerk wurde im Gebüsch die Leiche der Arbeiterin Käthe Freund aus Käferthal gefunden. Man nimmt an, daß kein Verbrechen vorliegt, da an der Leiche äußere Anzeichen eines gewaltigen Todes nicht wahrzunehmen waren.

Sinsheim, 30. Mai. An den Folgen einer im Krieg erlittenen Gasvergiftung ist im Heidelberger Krankenhaus der Waler Emil Gängenmüller von hier gestorben. Als seine 26-jährige Frau die Todesnachricht erhielt, machte sie ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

Emmeningen, 29. Mai. Bei einem schweren Gewitter ging auch Hagelschlag nieder, der die ganze Landschaft durcheinander in ein weißes Gewand hüllte. Die bis zu Taubeneigröße fallenden Hagelkörner haben erheblichen Schaden angerichtet.

Jugend und Sport.

m. Die Fußballmannschaft der Sicherheitspolizei und H.G. Serska trugen am Freitag auf dem Schmießerplatz ein interessantes Wettspiel aus, das infolge der beiderseitigen schönen Leistungen außerst spannend war. Serska konnte das Spiel mit 4:1 gewinnen, da der Gertha-Sturm eine größere Schußfreudigkeit an den Tag legte. Der Polizeimannschaft für ihr faibles Spiel hiermit ein Besamtklob.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 31. Mai.

Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins.

Am Mittwoch, 2. Juni, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen Mitgliederversammlungen statt, in denen Vorträge gehalten werden und die Flugblätter zur Ausgabe gelangen:

Mittstadt: „Alle Linden“, Birkel; Oststadt: „Georg Friedrich“, Georg Friedrichstraße; Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstr.; Mittel- und Südweststadt: „Goldene Krone“, Amalienstr.; Weststadt: „Palme“, Lessingstr.; Mühlburg und Grünwinkel: „Zum Brück“, Gerdstr.; Beiertheim: „Beiertheimer Hof“, Ruppurr: „Jäger der Löwen“, Rintheim: „Schwanen“.

Es ist Pflicht der Genossinnen und Genossen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Vorliegende Lokale gelten für den Wahltag als Bezirkswahllokale.

Die Eintrittskarten zum Vorverkauf für die Bezirksversammlung am 4. Juni können bei Gen. Panz, Stäckerstraße 46, abgeholt werden.

Sozialdemokratische Partei. — Bezirk Mittel- und Südweststadt. Am Mittwoch 2. Juni, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Krone“, Ade Amalien- und Douglasstr., Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Müller über die Entwicklung des Sozialismus und die zeitliche Wirtschaftslage. Genossen und Genossinnen, wir heißen euch hier bei der Wahl und es ist Pflicht eines jeden, seine Kraft in diesen Tagen in den Dienst der Partei zu stellen. Die Wahlarbeit muß besprochen werden und ein jeder müßte freiwillig sich zur Verfügung stellen. Darum auf in die Versammlung, keiner fehle!

Sozialdemokratische Partei. — Bezirk Rintheim. Am Mittwoch, 2. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Schwanen“ eine wichtige Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: Die Vorberathungen zur Reichstagswahl. Es ergeht das dringende Ersuchen an alle Parteigenossen, hierzu zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein. — Bezirk Beiertheim. Heute Montag abends 8 Uhr Sitzung des Bezirkskomitees, sämtlicher Straßenkomitee und aller Genossen, die an der Wahlarbeit mitwirken wollen, bei Gen. Murrmann, Marie Alexandersstraße 36. Alles muß mitwirken, wenn wir etwas erreichen wollen.

Sozialdem. Partei. — Bezirk Ruppurr. Am Mittwoch abends 8 Uhr findet im „Jäger der Löwen“ wichtige Parteiversammlung statt, zu der sich die Genossen zahlreich einfinden sollen. — Am Donnerstag abends 7 Uhr spricht Gen. Fräulein Anders aus Karlsruhe im „Eichhorn“ in einer öffentlichen Frauenversammlung. — Am Samstag abends 8 Uhr findet noch einmal eine öffentliche Volksversammlung im „Lamm“ statt, in der Gen. Eisenbahnsekretär Beech aus Karlsruhe spricht. Die Genossen in den verschiedenen Vereinen erüchten wir, auf unsere Veranstaltungen aufmerksam zu machen und vor allen Dingen selbst am Werke zu sein. Wer in dieser letzten Woche vor der Wahl seine Sonderinteressen nicht zurückstellen kann hinter die der Partei, der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden! Unsere Gegner bringen ihre Wähler alle an die Urne, und wir müssen alle Anstrengungen machen, daß uns das auch gelingt!

Sozialdem. Partei. — Bezirk Mühlburg. Am Mittwoch abends 8 Uhr findet im „Auerhahn“ wichtige Parteiversammlung statt. Parteigenossen, es ist dies die letzte Versammlung vor der Wahl, wir bitten deshalb alle Genossen, die Interesse an der Wahl haben, zu erscheinen. Am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr spricht Gen. Schöpflin in einer öffentlichen Wählerversammlung im „Karlshof“. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für dieselbe zu agitieren.

Vereinbarung der Parteien über das Verhalten am Wahltag.

Zwischen den Ortsleitungen der Deutschen Demokratischen Partei, Deutschen Nationalen Volkspartei, Deutschen Sozialdemokratischen Partei, Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Zentrumspartei wurde folgende Vereinbarung für den Wahltag getroffen:

- 1. Die Wahlzettel und die Benachrichtigung sollen durch die Vermittlung der Stadt Karlsruhe an die einzelnen Wähler zugestellt werden.
2. Die Parteien verzichten auf eigene Zettelverteiler und Anrufer vor dem Wahllokal. Innerhalb des Gebäudes, in dem gewählt wird, werden die Wahlzettel auf einem Tisch aufgelegt. Jede Partei stellt für jeden Eingang zu den Wahllokalen einen Vertrauensmann zur Beaufsichtigung der Stimmzettel. Diese Vertrauensleute können sich ablösen, jedoch immer zwei, die verschiedenen Parteien angehören, anwesend sein. Diese Vertrauensleute müssen sich jeder Beeinflussung und Probanda enthalten.
3. Listenkontrolle findet nicht statt.
4. Die entfallenden Rollen werden wie folgt berechnet: Jede Partei übernimmt das Mittel aus einem Sechstel der entfallenden Gesamtstimmkraft und der Summe, die nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf sie entfallen würde.

Die öffentliche Frauenversammlung.

Einen überaus vorzüglichen Verlauf nahm die am Freitag abend im kleinen Festhallsaal stattgefundene öffentliche Frauenversammlung. In vorzüglich aufbauenden, inhaltsvollen Ausführungen behandelte die Referentin, Frau Abg. v. Los-Suttgart, sowie Gen. Hauptlehrer Reinmuth, v. Forzheim das Thema „Die Frau und die Reichstagswahlen“.

Die Gedankengänge der ersten Rednerin, der Genossin v. Los, waren etwa folgende: Die Vorurteile gegen die Frauen haben sich in der Praxis nicht erhalten können, sondern die politische Tätigkeit der Frau hat sich bewährt. Nur die sozialdemokratische Partei ist für das Frauenwahlrecht, für die Befreiung der Frau, sowie für die Schwachen und Armen eingetreten. Die Frauen können nie vergessen, welches Unheil der Krieg über die Menschheit gebracht hat, daß 80 000 Kinder in Deutschland das Opfer der Hungerplöde geworden sind. Wir dürfen auch nie vergessen, daß die Revolution in Deutschland im allerungünstigsten Moment gekommen ist, aber auch niemals, wer den Krieg gebracht hat. Die Deutsche Vaterlandspartei hat die Verlängerung des Krieges auf dem Gewissen. Wir dürfen aber auch wiederum nicht vergessen, daß nur die sozialdemokratische Partei, auch während des Krieges für den Frieden eingetreten ist. In recht wirkungsvollen Worten rechnete sodann die Rednerin mit den Rechtsparteien ab. Das kurze Gedächtnis der deutschen Frauen zeigte sich bei den letzten Worten. Die Uneinigkeit der Arbeiterchaft hat unsere Macht geschwächt, sie ist Wasser auf die Mühlen der Gegner.

Die eingeleitete Wahlmüdigkeit bei den Frauen hat keine Verächtiligung, da ja gerade die Frau nach hundertjährigen Kämpfen jetzt gleichberechtigt worden ist. Rednerin ging sodann auf die ungeheuer große Tätigkeit der Nationalversammlung ein und behandelte die wichtigsten Arbeiten derselben, um sodann in längeren eindrucksvollen Worten die schädliche Erwerbstätigkeit der Frauen in den gesundheitsgefährdenden Betrieben, den Arbeiterinnen und das Wohnungswesen mit seinen schädlichen Folgen zu schildern. In warmen Worten streift sie sodann den Mutterdienst, Reichstagenhilfe usw., sowie Schulfragen und unsere Stellung dazu. Insbesondere, so führte sie aus, muß auch die Witterverbesserung in der Schule gelehrt werden, trotzdem gerade ein Gelehrter in der Nationalversammlung gegen diese Forderung sich meldete.

Schuld an allem Unheil ist der furchtbare Zusammenbruch Deutschlands infolge des Krieges. Wenn heute noch einigermaßen Ordnung herrscht, so verdanken wir dies besonders der Sozialdemokratie. Sie ist auch die Partei, die nach dem Grundgesetz handelt: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! — Die tiefinnigen, geistreichen Ausführungen, welche den Anwesenden schließlich aus dem Herzen gesprochen waren, fanden sehr gute Aufnahme.

Als zweiter Redner sprach sodann Gen. Reinmuth. Er behandelte insbesondere die politische Klauheit des Volkes, das die große Stunde nicht begreife und Gefahr laufe, seiner erreichten Erfolge wieder verlustig zu gehen, wie dies auch nach der französischen Revolution der Fall war. In recht gut gewählten Worten gab der Referent ein Bild der Entwicklung seit der Kriegszeit mit ihren Nöten. Es sei begreiflich, wenn sich das Volk nach den vorübergehenden wilhelminischen Fleißschöpfen sehne, aber es ist naiv und kindisch, wenn man glaubt, daß das alte System uns nach dem Zusammenbruch eine bessere Zeit beschert hätte. Groß sind die Errungenschaften, welche die Nationalversammlung festgelegt hat. Nur wer die Arbeiten derselben nicht kennt, wird sagen, daß nichts erreicht worden ist. Nur die Sozialdemokratie war es, die das deutsche Staatsrecht wieder in den rettenden Hafen heringebracht hat, sie hat Titanenarbeit verrichtet, ohne die das deutsche Volk rettungslos verloren gegangen wäre. Die Verfassung ist das Fundament, auf dem das sozialistische Staatsgebäude errichtet werden kann. Deshalb gilt es, die Fäden nicht locken zu lassen, sondern jezt muß jeder Proletarier und jede Proletarierin die Pflicht erfüllen. In überzeugender Weise verpflüchtete der Referent den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie und zeigte unsere Stellungnahme zur Religion und Kirche. Gerade im Sozialismus ist eine Fülle von wahrer Religiosität enthalten. Auf dem Gebiete der Schule brauchen wir vor allem die Einheitschule, die notwendig ist, um das Volk für den Sozialismus reif zu machen, die sozialistische Genossenschaft in das Leben einzubringen. Deshalb ist die Mitarbeit aller, besonders der Frauen notwendig. Darum tritt alle am Wahltag für die Sozialdemokratie ein. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! — Auch dieser Redner erntete für seine von großer Begeisterung getragenen Ausführungen allgemeinen Beifall.

Da von der Diskussion kein Gebrauch gemacht wurde, schloß Genossin Müller mit anerkennenden Worten an die Frauen, am 6. Juni für die Sozialdemokratie ihren Stimmzettel abzugeben, die überaus gut verlaufene Versammlung.

Öffentliche Versammlung der Angestellten der Abwicklungsstellen 14. A. R.

Die Angestelltenverbände hielten am Mittwoch abend im großen Rathhallsaal eine öffentliche Versammlung ab. Es galt vor allen Dingen Stellung zu nehmen gegen die Verfügung des Posthaltensaufschusses der Nationalversammlung, die bestimmt, daß bis zum 1. Oktober sämtliche Abwicklungsstellen aufgelöst sein müssen. Auch wurde zu der Gruppenverchiebung und zu dem bevorstehenden Reichstagswahltag Stellung genommen. Der erste Redner Kollege Wörner ergriff in scharfen Worten das Verhalten der Behörden insbesondere dasjenige des Herrn Geh. Rats Bartoldi, der eine Mitwirkung der Angestelltenorganisationen bei der Einziehung der Gruppen abgelehnt hat. Kollege v. Los sprach in markanten und vorzüglich sachlichen Ausführungen zu dem Reichstagswahltag und verlangte unter allen Umständen, daß die überlebte Ortsklasseneinteilung, die noch aus dem Jahre 1913 stammt, aufgehoben wird. Er verwahrte sich gegen die Ausführungen des Intendantenreferentars Schweiger, der glaubt, bei den Vorarbeiten zu dem Reichstagswahltag die Angestelltenvertretungen übergehen zu müssen. Die Angestellten-Organisationen müssen unter allen Umständen zu den Vorarbeiten auch herangezogen werden, dies sei gesetzlich festgelegt.

Zu dem Punkt 4 der Tagesordnung über bevorstehenden Abbau der Abwicklungsstellen referierte Kollege Oberle vom Zentralverband der Angestellten. Der Redner betont, daß gerade heute der ungeeignete Moment sei, diese große Anzahl von Angestellten auf die Straße zu werfen. Ferner geht er auf die Verfügung Nr. 40 des Reichstags ein, in der u. a. gefordert wird, daß in Zukunft in allen Stellen unbedingt 8 Stunden gearbeitet werden muß. Es sei doch bekannt, daß gerade die oberen Beamten diese Verfügung nicht beachten, im Gegenteil, sich außerhalb dieser Verfügung stellen. Ferner wird in der Verfügung verlangt, daß die Beratung der Betriebsräte und wirtschaftlichen Vertretungen in Zukunft außerhalb der Arbeitszeit stattfinden müsse. Gegen diese Verfügung müsse in scharfster Form Stellung genommen werden. Man will die Gelegenheit wahrnehmen, diese unheimlichen Zügelangestellen vom Tische zu schaffen um wieder wie früher nach dem alten Schema die Arbeiten zu erledigen. Im übrigen fordert der Redner, daß bei dem bevorstehenden Abbau unter allen Umständen nach den bestehenden Bestimmungen der Demobilisierungsausschüsse gehandelt werden müsse. Zum Schluß bittet der Redner die Kollegen bei der kommenden Reichstagswahl ihre Pflicht zu tun und solche Kandidaten zu wählen, die auch gewillt sind in der Lage zu sein, die Interessen der Angestellten zu vertreten. — Alle Diskussionsredner sprachen sich im ähnlichen Sinne aus.

In die Kontrollkommission zur Prüfung der Abwicklungsstellen wurde der Kollege Wörner gewählt. Die gut besuchte und sehr sachlich verlaufene Versammlung konnte gegen halb 10 Uhr mit dem Appell, sich geschlossenen hinter ihre Organisation zu stellen, geschlossen werden.

Der Stadtrat Karlsruhe für Aufhebung der Zwangswirtschaft für Schlachtvieh.

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, beim Ministerium des Innern dahin vorstellig zu werden, daß bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Schlachtvieh und Fleisch für das ganze Reichsgebiet beantragt wird, da die Zwangswirtschaft seit Monaten tatsächlich nirgends mehr eingehalten wird und ihre Befahrung nur noch als ein Hemmnis, keinesfalls aber mehr als Mittel zur Sicherstellung ausreichender Fleischversorgung wirkt.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend punkt 8 1/2 Uhr findet in der Redaktion des „Volkstribun“ eine Vorstandssitzung statt. Sämtliche Vorstandmitglieder sowie vor allem auch die Kassierer werden ersucht, zu erscheinen. — Die Jugendgenossinnen und Jugendgenossen werden ersucht, sich am Mittwoch abend in den Lokalen der verschiedenen Bezirke einzufinden und an den Versammlungen teilzunehmen, in denen die letzten Wahlarbeiten erledigt und die Flugblätter ausgegeben werden. Kein Jugendlicher, keine Jugendliche darf bei dieser Wahlarbeit fehlen.

g. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Jüdische Karlsruhe) veranstaltete am Samstag im „Mühlen Krug“ eine Begrüßungsfeier zu Ehren der aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Mitglieder. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Heimgekehrten und wünschte ihnen nach der langen Leidenszeit für die Zukunft recht frohe Stunden im Kreise ihrer Familien, sowie der Kollegenchaft. Dank der freundlichen Mitwirkung des Gemischten Chor „Brüderbund“, des „Militärenklubs Einigkeit“, des „Arbeiterfahrer-Vereins Karlsruhe“ sowie der Herren August Feiler (Stonische Vorträge) und Max Linn (Variation-Gesell) nahm die Feier einen sehr schönen und würdigen Verlauf.

p. Blitzschlag. Am 30. d. Mts. früh zwischen 2 und 3 Uhr schlug der Blitz ohne zu zünden in ein Haus der Kreisstraße ein, wodurch das Dach beschädigt und die elektrische Klingelleitung zerstört wurde.

p. Selbstmordversuch. Heute früh zwischen 1 und 2 Uhr ver suchte sich die Ehefrau eines hier wohnhaften Straßenbahnfahrers nach vorausgegangenem Streitigkeiten mit ihrem Ehemann in ihrer Küche zu vergiften. Die Frau wurde ins städtische Krankenhaus aufgenommen.

)(Kontenz zu Gunsten der minderbemittelten, helmschützenden Oberbedienten. Das Kontenz findet bestimmt am 1. Juni, 1/2 Uhr abends, im Eintrachtsaal statt. Vorverkauf in der Musikantenbandlung von Fritz Müller, Kaiserstr. 21, Ecke Waldstr. (Tel. 338). Es sei hiermit nochmals auf den genussreichen Abend aufmerksam gemacht.

Valuta-Bericht vom 29. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 1420 G. Auszahlung Holland notierte etwa 1450 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 705 M. per schw. Fr.; England etwa 154 M. per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 295 M. per frz. Fr.; New York etwa 3050 M. per Dollar.

Gerichtszeitung.

Der Bauernrat in Neutra hat die Strafkammer in Konstanz in ihrer letzten Sitzung beschäftigt. Wie noch in Erinnerung sein dürfte, waren im Herbst vorigen Jahres in Neutra von zwei Gendarmen und drei Milizenoffizieren etwa 20 Jeminer Wehl in der Mühle des Müllers W. Buch beschnitten worden, weil dafür keine Wofschne vorhanden waren. Als das Wehl weggeschafft werden sollte, rotteten sich 60-80 Männer von Neutra zusammen, z. T. mit Waffen und Prügeln ausgerüstet und gingen gegen die Beamten vor, die schließlich das Wehl im Stich lassen mußten. Neun der Teilnehmer hatten sich nun wegen Aufreizes zu verantworten; einer wurde freigesprochen, die anderen erhielten mehrmonatige Gefängnisstrafen, darunter der Müller Buch und der Landwirt Schappeler je 7 Monate.

Kleine Nachrichten.

Kuzhoben, 29. Mai. Vier sind zwei Entente-Kommissionen zur Überwachung des Friedensvertrages eingetroffen. Berlin, 29. Mai. Der Hauptgewinn der Reichsloos deutschen Klassenlotterie im Betrage von 500 000 Mk. fiel auf die Nr. 233 411 (ohne Gewähr).

Paris, 29. Mai. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes erklärte, daß die Frage der Errichtung eines Flugdienstes zwischen Paris und Genf schon ziemlich geklärt sei, und daß der Betrieb dieser Luftlinie demnächst aufgenommen werden könne.

Brüssel, 29. Mai. Der Ackerbauminister hat sich genötigt gesehen, das hier umlaufende Gerücht, das von Deutschland an Belgien gelieferte Vieh sei vergiftet, als erfunden zu bezeichnen. Von den gelieferten 40 000 Stück Vieh seien nur einige Hundert an Maul- und Klauenseuche zu Grunde gegangen.

London, 29. Mai. Neuter. Zu Almarod (Graffschaft Aimerik) wurde in der vergangenen Nacht die Polizeistation angegriffen und niedergebrannt. Drei Polizisten wurden getötet, ein Zivilist verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. Die „zweierteilte Zeitungen“ erscheinen jeden Tag. Die Maßnahme ist bedingt aus technischen Gründen, als Folge des Papiermangels. Wenn Sie mal bei uns vorkommen wollten, könnten wir Ihnen näheren Aufschluß geben.

Schrittleitung: Georg Schöpflin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktion und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Wadi'sche Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler; für den Angeigentell Gultav Krüner, sämtliche in Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 328, gest. 40; Rehl 392, gest. 15; Nagau 558, gest. 2; Mannheim 470, gest. 1 Zentimeter.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

empfehlen: Charivari, dunkle Punkte aus dem Stapeldecken von Dr. Wilhelm Appun. 1,80 Mk. und 20 Bfg. Porto extra.

Wanzen, Käfer etc.

lassen sie am besten durch meine Spezial-Berater mit höchstem Erfolg unter Garantie vertilgen.

U. B. A. Fr. Springer, Karlsruhe, Telef. 3263

im Markgrafenstraße Nr. 52. Abonnement für Karlsruhe unter günstigen Bedingungen.

Theater, Kunst und Wissenschaft. Badisches Landestheater.

Aufführung: „François Willon“. Oper von A. Albert Koelle.

Ein vor allem muß der leitende Gesichtspunkt sein bei der Betrachtung dieses neuen Wertes: aus einem tiefen Ernst heraus ist es entstanden, geschrieben mit dem Herzblut eines Menschen, der hindurchging durch manche Nöte des Tages und der Seele.

Will man es aber in seinem Wesen erfassen, so kann das nur durch folgende Einsicht geschehen: den Dichter (im wörtlichen, wie im übertragenen musikalischen Sinn) hat sein Stoff und nicht der Dichter seinen Stoff bewältigt. Dies im einzelnen aufzuzeigen hieße das Werk würdigen.

Zunächst einmal der Titel und der sich daran knüpfende Gehalt. Ich habe mehrmals und mit entsprechender Orientierung das Geleitwort des Dichters durchgelesen: Will er einen literarisch-historischen Nachweis von dem Charakter des Dichters François Willon erbringen? Sicherlich nicht. Was also bleibt an Verechtigung, das Werk mit „François Willon“ zu überschreiben? Für den Dichter viel, sehr viel — für uns aber nichts!

Für ihn mag das jener französische Dichter sein, den sein eigener Wahlspruch: „N' est trezor que de vivre a son aise“ am besten charakterisiert; für uns ist die Figur Koelles alles — nur François Willon nicht, gerade wegen jenes Programmwortes. Also: Koelle hat in das Liebesfestspiel den Inhalt des eigenen Künstlerturns gegossen und damit — für uns! — jenes Gefühl aus dem Frankreich des 15. Jahrhunderts zertrümmert. Hat er aber damit den Stoff seinen Zwecken dienstbar gemacht? O nein! Es bleibt gerade durch die Tatsache der Reibekhaftigkeit des Namens dabei: der Stoff hat den Dichter übermächtigt. — Und der Dichter selbst, Koelle? Ist eine sinnige, impressionistisch-liturgische Natur, dem das Sprachliche der Dichtung bei seinem tiefen Willen nicht „leicht“ wird (s. V.: „mein Herz war eine leichte Ware“). Und dramatisch im eigentlichen Sinne ist der „Text“ nicht; bis fast gegen Ende des zweiten Aufzuges herrscht der Irrsinn, stellenweise sogar epische Charaktere. Der dritte Akt ist wirksam! Und er zeigt, wie es Koelle eigentlich hätte anpacken sollen. Nämlich: Gleich mit dem jetzt letzten Akt beginnen und das übrige Geschehen als eine Art Erinnerung in den Rahmen dieses Aufzuges traumartig hineinsetzen. So wäre das Werk kürzer, straffer, Bühnenwirksamer und damit — vulgär — dramatischer. — Und trotz allem sind die Mängel der Dichtung — ein Beweis für das erste Wollen des Künstlers — durchaus nicht blutleer. Sie können zwar, besonders den jetzigen Verhältnissen entsprechend, in Kleider ganz nach unserm Schnitt umhergehen, sie sind auch Alltagsfiguren, für den Kritiker bezeichnenderweise die Frauen im gro-

ßen ganzen talfrüher wie die Vertreter des männlichen Geschlechts, wenn man die Bagabunden abrechnet. Die männliche Hauptperson (sie heißt bei Koelle François Willon) ist keine eigentlich dramatische Gestalt und doch nimmt sie im letzten Akt unwiderlich gefangen, wie von Anfang an die wirklich ergreifende Gestalt der Denise.

Eine hochpoetische Stelle aber gehört besonders hervorgehoben: Im zweiten Akt finden sich die drei Frauen auf der Bühne, die mit dem Werden und Vergehen des „Gelben“ entscheidend verknüpft sind: Louise, ein Mädchen, das ein Kind von ihm unter dem Herzen trägt; sie stirbt, auf den erkaltenden Rippen ein Lieb aus seinem Munde, das er einer schönen Frau in der letzten Nacht als Serenade darbrachte. Diese Frau, Renore, bernimmt das Kind aus dem Munde des Mädchens und wendet sich äußerlich ab von dem „Lüner“, dem das Herz jener Dritten, eben jener Louise, schon längst entgegenschlägt, doch wie er es aus ihrem Munde weiß, ist es zu spät: er hat sich betrauert. Ehe diese letzte Katastrophe eintritt, bernimmt er aber noch einmal die ersten Worte jenes Liebes aus dem Munde dieser Jungfrau.

Jenes Lied! Dramatisch wäre seine Wiederkehr so wirksam, wenn, ja wenn man es heraus hören würde. Doch es hält sich ganz in jenem irrischen, alsultrischen Gespräch der ganzen Musik Koelles, was an sich gar nicht anders sein darf, aber sich durch irgendwelche Unterbrechung besser für die Oper, die das Werk doch nun mal sein soll, verwerten ließe. Und es ist erstaunlich, daß Koelle dies nicht getan hat. Verrät er doch die Instrumentationsmöglichkeiten, vor allem bedingt durch seinen künstlerischen Werdegang, der durch die Abschrift gar mancher Partitur führte, wie nicht so bald ein zweiter. Und, wohl gemerkt, blieb er dabei von allem Stroupschen fern, was er nicht hätte tun dürfen. Das soll ihm nicht verzeihen sein! — Allerdings besitzt seine Musik manche Anklänge. Sie sind mit dem Namen Wagner, Puccini, auch mit Albert angehaucht. Der Prioritätenstreit wird sich vor allem an die „Waffäre“ halten; und mit nicht geringem Resultat! — Man strebt er nach eigenem Diktum danach, daß die Singstimme wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werde. Redenfalls hat er eine gewisse Unabhängigkeit von Gesang und Orchester erreicht, die manchmal zwar etwas weit geht, doch aber in der höheren Einheit dieses Zusammenhanges, was gegenständlichem Unterordnen nicht gelungen wäre. — Ein Strauchentwurf, Oskar Wie, hat trotz seiner Stellung einen wahren Satz über die „moderne Musik“ gewagt; er lautet: „Das Wort“ muß nicht immer den Ton angeben, der Ton kann auch wieder mal das Wort geben.“ Das trifft in eminentem Sinne bei Koelle zu. Das eigentlich Frühere, das Prinzip ist bei ihm der — impressionistische — Musiker. Und er brückt ihm den Griffel in die Hand, um in seinem dunklen

Drang sich des rechten Weges in diesem Falle doch nicht ganz bewußt, einen Gegenstand aus sich heraus zu projizieren, der seinerseits den Musiker wieder übermächtigt. Der Stoff hat ihn bezwungen. Deshalb ist er noch kein eigentlicher Dramatiker; denn der steht über seinem Werk, nicht das Werk über ihm. Und es macht uns die Erscheinung Koelles so interessant, wie er beweist, daß technische und künstlerische Reife nicht zu gleicher Zeit vollendet sein müssen. In den beiden ersten Akten bleibt vieles ein Tasten, er ist noch kein Mann, dem Steigerungen gelingen, auch darin zeigt er sich wieder von seinem Gegenstand bewältigt, auch hier noch nicht als eigentlicher Dramatiker. Der letzte Akt scheint später entstanden zu sein. Er zeigt mehr nach außen sprechende Erfindung, und an ihn soll der weiter Schaffende anknüpfen. — Ansätze, die den tiefen Musiker ahnen lassen, finden sich genug. Die paar Themen, die man heraushören kann, sind, obwohl in keiner Weise original — wie dies Wort überhaupt auf Koelle nicht paßt — hübsch hingefügt. Und die schönsten, wenn auch vorübergehenden, finden sich in der an die Serenade sich innerlich anschließenden wirklich schönen Stelle in 3. Akt: „Die mich vor allem Schade mochte...“ Auch der Tod Louises ist von manchen musikalischen Schönheiten umrankt, die, das spricht nicht gegen, sondern für das Werk, erst nach mehrmaligem Hören zugänglich werden. Das Wollen des Komponisten prägt sich in Worten, mit denen er seine Partitur ausstattet, wie „Vorwärts“, „Stark bewegt“ usw. am deutlichsten aus.

Diese Absichten brachte das Orchester unter Fritz Corto-lesis zu außerordentlich wirkungsvoller Wiedergabe. Hans Ruffard hatte die Darsteller in „zeitgemäßem“ und daher nicht ganz zeitensprechendem Bühnenbildrahmen in trefflichem Zusammenpiel vereinigt. Der letzte Akt gelang ihm sehr eindrucksvoll. Helmut Neugebauer sang die schwierige Titelrolle mit denkbar größter Eingabe, unterstützt von seinem reichen, prächtigen Stimmittel; sein Spiel, das das Opernhafte stets glücklich trifft, trug viel zum Gelingen dieser hohen Anforderungen stellenden Partie bei. Eine herrliche Leistung war die Renore von Hedw. Tracema-Frühgelmann. Der gesungene Teil gelang ihr ebenso trefflich wie das Darstellerische, worin die hochintelligente Künstlerin wieder — im zweiten Akt besonders — gerade hinreichend wirkte. Die Denise von Elith Sajib trat das Wesen dieser Gestalt im Kern; ihre jugendliche frische Stimme gab der Rolle im letzten Akt die einheitliche Tragik. Empfindungsreich gestaltete Elisabeth Friedrich die Louise. Venno Biegler verhalf dem dankbaren Publikum des Koel zum Leben. — Schon nach dem ersten Akt konnte der Komponist neben den Ausübenden den Beifall des Publikums entgegennehmen. Ein abgeschlossenes Ganzes brachte dieser Abend nicht. Vielleicht aber einen Anfang. S. A.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Herr Kommerzienrat Fritz Homburger. Mitglied unseres Hauptvorstandes und des Vorstandes unseres Badischen Landesverbandes.

Frau Luise Kettenmann geb. Wieland nach vollendetem 60. Lebensjahre. Karlsruhe, den 29. Mai 1920. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Johann Kettenmann, Schmied.

Zentral-Verband der Fleischer Herren-Stärke-Wäsche. Badischer Beamtenbund. Öffentl. Versammlung. Aufhebung einer Grundstücks-Versteigerung.

Städtische Sammlungen. (Königsgebäude Gartenstr. 53.) Wieder geöffnet: Sonntag 11-1, Mittwoch 10-12 und 2-4 Uhr.

Dankagung. Herr Bankier Dr. Paul Homburger hat mir Anlaß im Namen seiner Mutter und Geschwister die Summe von 5000 M mit der Bestimmung überreicht, sie an Arme und Bedürftige der hiesigen Stadt zur Verteilung zu bringen.

Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe. Kohlenbezug. Wir bitten unsere verehrten Mitglieder, ihre Kohlen für die nächsten drei Monate jetzt zur Lieferung aufzugeben.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 84, 1 Troppa, Teleph. 1343. Schwarze Stöckereiblusen Mk. 28.— Waschblusen Mk. 29.— an Kinderkleider Mk. 17.— an etwas angetriebene Volls-Kleider und Blusen zu billigsten Preisen.

Städt. Bierordtbad. Große Schwimmballe. Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10-11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr, sowie freitags von 6-7 1/2 Uhr.

Hafer-Auszugs-Mehl Kaufe! N. J. Homburger, Kronenstr. 50, Telephon 152.

Mehrere Verkäuferinnen aus der Schuhbranche für mehrere Wochen zum sofortigen Eintritt gesucht. Städt. Arbeitsamt weibl. Abteilung Zimmer 11.

Durlacher Anzeigen. Kartoffel-Versorgung. Anfolge reichlicher Belieferung mit Kartoffeln werden bis auf Weiteres die Ausgaben ohne Kartoffeln erfolgen.

Milch-Versorgung. Anfolge Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch wird der Kleinverkaufspreis für Vollmilch vom 1. Juni ab auf 1.50 Mk. für den Liter festgesetzt.

Kleinverkaufspreise für Gemüse. Gültig für die Zeit vom 31. Mai bis 6. Juni 1920.

Städt. Bierordtbad. Große Schwimmballe. Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10-11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr.

Rastatter Anzeigen. Am Dienstag, den 1. Juni findet eine Viehzählung statt, welche von Haus zu Haus in jeder Haushaltung durch die von uns damit beauftragten Personen vorgenommen wird.

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Verordnung

(vom 17. Mai 1920).

Erhebung der Getreide- und Kartoffelanbauflächen im Jahre 1920 betreffend.

Zum Vollzuge der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft obigen Betreffs vom 29. April 1920 (R.G.B. Seite 883 ff.) wird verordnet, was folgt:

§ 1. Die Leitung der Aufnahme sowie die Bearbeitung und Zusammenstellung der Ergebnisse der Erhebung der Getreide- und Kartoffelanbauflächen erfolgt durch das statistische Landesamt. Die Behörde hat die Druckfachen herzustellen und zu versenden.

§ 2. Die Erhebung ist in der Zeit vom 20. Mai bis 10. Juni 1920 durch die Gemeindebehörden vorzunehmen, die zu diesem Zwecke die im Gemartungsbereich anässigen Eigentümer und Bewirtschafter (Betriebsinhaber, Pächter, sonstige Nutzungsberechtigte) landwirtschaftlich genutzter Grundstücke, oder ihre Stellvertreter vorzuladen, über den Umfang der angebauten Getreide- und Kartoffelflächen zu befragen und das Ergebnis in die Ortslisten einzutragen haben. Die Angebeflichtigten haben ihre Angaben in der Ortsliste unterschrieben zu bestätigen.

Zu den Aufnahmen sind in jeder Gemeinde vom Gemeinde-(Stadt)rat ernannte Sachverständige als Vertrauensleute zuzuziehen.

§ 3. Die Gemeindebehörden haben die Richtigkeit der Flächenangaben zu überwachen und nachzuprüfen (§ 4 der Reichsverordnung).

§ 4. Nach Abschluß der Erhebungen sind die Ortslisten sechs Tage lang zur allgemeinen Einsicht auf dem Rathaus aufzulegen. Durch öffentliche Bekanntmachung ist aufzufordern, von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch zu machen. Etwasige Einsprüche sind zu Protokoll zu nehmen, aufzuklären und mit einer Zeußerung der Gemeindebehörde zusammen mit der Ortsliste dem Bezirksamt vorzulegen, das über die Einsprüche entscheidet.

§ 5. Zuständige Behörde im Sinne des § 5 Abs. 3 der Reichsverordnung ist das Bürgermeisteramt.

§ 6. Die Gemeinden haben die ausgefüllten Ortslisten aufzurechnen (zu summieren), zusammenzustellen, abzuschließen, mit der Begründung der Vollständigkeit und erfolgten Auflegung zu versehen und in Urschrift bis spätestens 20. Juni 1920 dem Bezirksamt vorzulegen.

§ 7. Die Bezirksämter haben die Gesamtergebnisse der einzelnen Ortslisten in eine Bezirksübersicht zusammenzufassen und diese bis spätestens 28. Juni 1920 dem statistischen Landesamt einzureichen. Die Ortslisten sind nur auf Anforderung des statistischen Landesamts vorzulegen.

Karlsruhe, den 28. Mai 1920.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor.
J. A.: Dr. Paul.

Verordnung

über eine Erhebung der Getreide- und Kartoffelanbauflächen im Jahre 1920 vom 29. April 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsaufnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 1. Mai 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 401) 18. August 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 828) wird verordnet:

§ 1. In der Zeit vom 20. Mai bis 5. Juni 1920 sind neben der durch Bundesratsbeschluß vom 1. Mai 1911 angeordneten allgemeinen Anbauverhebung eine Feststellung der von den einzelnen Bewirtschafter (Betriebsinhaber), bestellten Getreide- und Kartoffelflächen statt. Es sind festzustellen die Flächen beim feldmäßigen Anbau von:
1. Weizen
a) Winterfrucht
b) Sommerfrucht
2. Spelz, Dinkel, Kesen-Emer und Einkorn (Winter- und Sommerfrucht).
3. Roggen
a) Winterfrucht
b) Sommerfrucht
4. Gemenge aus den Getreidearten 1 bis 4.
5. Hafer.
6. Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer, ferner
7. Kartoffeln
a) Frühkartoffeln
b) Spätkartoffeln.

§ 2. Die Erhebung erfolgt gemeindefeise (ausbezirksweise) durch Befragung der Bewirtschafter (Betriebsinhaber). Ihre Ausführung obliegt den Gemeindebehörden mit Hilfe der zu diesem Zwecke ernannten Sachverständigen oder Vertrauensleute.

§ 3. Die Erhebung erfolgt durch Ortslisten nach dem beigefügten Muster. Alle Ernteflächen sind zur Ortsliste derjenigen Gemeinden anzugeben, von der aus die Bewirtschaftung geschieht.

§ 4. Die Gemeindebehörden haben die Richtigkeit der Flächenangaben zu überwachen und an Hand der Grundstückskataster oder ähnlicher Unterlagen, der Feststellungen bei der Anbau- und Ernteflächenverhebung des Vorjahres und durch sonstige geeignete Maßnahmen nachzuprüfen.

§ 5. Bewirtschafter landwirtschaftlicher Grundstücke und ihre Stellvertreter sind verpflichtet, den mit der Erhebung beauftragten über den Anbau und die Größe der bestellten Flächen alle geforderten Auskünfte gewissenhaft und wahrheitsgemäß zu erteilen.

Auch die Grundeigentümer, die ihre Grundstücke nicht selbst bewirtschaften, sind auf Befragen zur Auskunftserteilung über die Eigentums-, Pacht- und sonstige Nutzungsverhältnisse sowie über die Art und Größe der Grundstücke verpflichtet.

Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben über die Ernteflächen die Grundstücke der zur Angabe verpflichteten zu betreten, Messungen vorzunehmen sowie die Geschäftsbücher der Bewirtschafter einzusehen, auch hinsichtlich der Größe der Grundstücke Auskunft von Behörden einzuholen.

§ 6. Die Herstellung und Verendung der Druckfachen erfolgt durch die obersten Landesbehörden.

§ 7. Die obersten Landesbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie können bestimmen, daß neben oder an Stelle von Ortslisten Fragebogen zu verwenden sind; sie können die Erhebung auch auf andere Früchte erstrecken und sonstige Anordnungen der Festlegung der Ortsliste vorsehen, insbesondere ein anderes Flächenmaß vorschreiben.

Die Ausführungsbestimmungen sind dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bis zum 20. Mai 1920 einzusenden.

§ 8. Die obersten Landesbehörden haben eine nach Bezirken der unteren Verwaltungsbereichen gegliederte Zusammenstellung der Ergebnisse der Erhebung dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bis zum 10. Juli 1920 einzusenden.

§ 9. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die Ergebnisse der Erhebung über die Ernteflächen beim feldmäßigen Anbau von Frühkartoffeln der Reichskartoffelstelle unmittelbar bis zum 20. Juni 1920 mitzuteilen. Die Reichskartoffelstelle erläßt die näheren Bestimmungen.

§ 10. Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er nach dieser Verordnung oder den zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht oder wesentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder wer der Vorschrift in § 5 Abs. 3 zuwider das Betreten der Grundstücke oder die Einsicht in die Geschäftsbücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer fahrlässig die im Abs. 1 genannten Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. April 1920.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft:
J. A.: Dr. Guber.

Vorstehende Bekanntmachungen bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
1483
Karlsruhe, den 26. Mai 1920.
Babisches Bezirksamt.
Abteilung II. O. 3. 184

O. 3. 182 Frühjahrsmesse 1920 betr.

Für die Dauer der diesjährigen Frühjahrsmesse wird der Verkehr für den öffentlichen Fuhrwerksverkehr gesperrt.
Droschken, Autos u. sind auf der Durlacher Allee, entlang dem Bordstein, zwischen Schloßhausstraße und der westlichen Mehlpflanzstraße, Kinderwagen und Handkarren auf dem Platz vor der Mehlmühle aufzustellen.

Karlsruhe, 26. Mai 1920. 1492
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Müllabfuhr in Karlsruhe betr.
Ortspolizeiliche Vorschrift.
Aufgrund von § 87a Kol. St. Ges. B., § 366 Bff. 10 R. St. Ges. B., § 8 der Gesundheitsverordnung vom 23. Dezember 1908 wird mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe für die Stadt Karlsruhe mit Ausnahme der Stadtteile Rintheim, Ruppurr, Grünwinkel und Daxlanden nachstehende mit Erlaß des Herrn Landeskommisars vom 20. Mai 1920 Nr. 4918 für vollziehbar erklärte ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:
§ 1. Jeder Vorstand einer Haushaltung, eines Betriebes oder einer Anstalt ist verpflichtet, den gesamten Hausmüll als Kehricht, Küchenabfälle, Feuer-Rückstände usw. auf seine Kosten durch die Stadt abfahren zu lassen. Eine Befreiung von dieser Verpflichtung kann von der Polizeibehörde für diejenigen Einwohner, welche vorzugsweise Landwirtschaft betreiben genehmigt werden.
§ 2. Zum Zweck der Abfuhr ist das anfallende Müll getrennt nach Arten zu sammeln:
1. Küchenabfälle, d. h. alle trockenen Reste und Abfälle von Brot und Backwaren, Kartoffeln, Gemüse und Früchten aller Art, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln;
2. das übrige Hausmüll.
Zur Sammlung jeder Art ist mindestens ein Behälter zu verwenden. Die Behälter müssen aus Blech oder sonstigem haltbarem Stoff hergestellt, mit Deckel und Handgriffen

versehen und so beschaffen sein, daß sie in gefülltem Zustande von einem Manne getragen werden können. Ihr Füllungsraum darf nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Liter, ihr Reergewicht nicht mehr als 8 Kilo betragen. Sie dürfen nicht über den Rand gefüllt werden und sind möglichst reinlich zu halten. Gefäße, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, werden nicht entleert.

Die Verpflichtung zur Aufstellung eines besonderen Behälters für die Küchenabfälle fällt fort, wenn der Haushaltungsvorstand nachweisen kann, daß sämtliche Küchenabfälle seiner Haushaltung bereits auf andere Weise der Verfütterung zugeführt werden.

An den Abholungstagen sind die Behälter zu den Abholungszeiten hinter dem nach der Straße führenden „Haus-, Garten- oder Hof-Eingang“ bereit zu stellen. Der Zugang zu den bereitgestellten Behältern muß dem Abfuhrpersonal offengehalten oder auf Anläuten sofort geöffnet werden.

Die Aufstellung der Müllgefäße an einer anderen, weiter abliegenden Stelle des Grundstücks kann vom städtischen Tiefbauamt auf Antrag gestattet werden.
Die Abholungstage und Abholungszeiten gibt das Tiefbauamt bekannt.

§ 3. Für die Erfüllung der in den §§ 1 und 2 aufgeführten Verpflichtungen ist neben dem Haushaltungsvorstand der Hauseigentümer verantwortlich.

§ 4. Die Abfuhr des Hausmülls durch die Stadt erfolgt gegen Vergütung nach der Müllgebührensatzung.

§ 5. Die Abfuhr gewerblicher Abfälle und zwar sowohl von Feuerungsrückständen als von Materialabfällen ist Sache des betreffenden Gewerbetreibenden. Die Stadt übernimmt sie nur aufgrund besonderer Vereinbarung gegen entsprechende Vergütung.

Strafbestimmungen:
§ 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geld bis zu 80 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
1492
Karlsruhe, den 27. April 1920. O. 3. 185
Babisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Nachsteuer von Schaumwein.

Für Schaumwein aller Art wird vom 1. Juni ds. J. an eine gegen bisher erhobte Verbrauchsabgabe erhobene Nachsteuer von 12 M pro Hektoliter erhoben. Wer am 1. Juni Schaumwein besitzt oder bewahrt, muß ihn zur Nachsteuererklärung schriftlich oder zu Protokoll unter Angabe von Gattung, Menge und Aufbewahrungsort anmelden und gleichzeitig die Versicherung abgeben, daß sich mehr nachsteuerpflichtiger Schaumwein nicht im Besitze des Anmelders befindet. Dies gilt nicht nur für Wirte, Weinhändler und sonstige Wiederverkäufer, sondern auch für jeden anderen Besitzer oder Verwahrer von Schaumwein. Von der Nachsteuer und Anmeldung befreit ist Schaumwein im Besitze von Eigentümern, die weder Ausschank noch Handel mit Getränken treiben, sofern die Gesamtmenge nicht mehr als 10 Flaschen beträgt.

Die Anmeldungen müssen bei der untergeordneten Amtsstelle spätestens bis zum 7. Juni ds. J. eingereicht werden. Schaumwein, der sich am 1. Juni unterwegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden, sobald er in dessen Besitz gelangt ist.

Die neue Steuer beträgt für Fruchtschaumwein 3.- M, für anderen Schaumwein 12.- M für die ganze Flasche; für kleinere Flaschen werden entsprechende Teilbeträge erhoben. Die hiernach schuldige Abgabe mindert sich um die früher schon entrichtete Steuer.

Wer die vorgeschriebene Anmeldung unterläßt, setzt sich strenger Bestrafung aus.
Nähere Auskunft erteilt die unterzeichnete Amtsstelle.
1493

Karlsruhe, den 26. Mai 1920.
Hauptzollamt.

Zahlungs-Aufforderung.

Die Forderungszettel über die laufende Vermögens-, Einkommen- und Verförsterungssteuer für das 1. Vierteljahr 1920 sind hier am 26. Mai den Zahlungspflichtigen ausgestellt worden. Wer seinen Forderungszettel noch nicht erhalten hat, zeige es alsbald der Steuerentnahmestelle an, sonst muß angenommen werden, daß auch ihm der Forderungszettel zugestellt ist.

Die Steuer muß spätestens am 9. Juni entrichtet werden. Vom 10. Juni an werden Säumnisgebühren und vom 17. Juni an Pfändungsanordnungsgebühren erhoben.

Wer einen Forderungszettel aus irgend einem Grund erst später erhält, muß seine Schuld binnen 14 Tagen von der Zustellung an bezahlen. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargeldlos.
1501
Karlsruhe den 31. Mai 1920.
Finanzamt.

Speisekartoffel

markenfrei, Zentner 20 Mt.
Verkauft alte Elguthalle (neuer Anbau) beim Güterbahnhof, Viehstraße. Säde werden auf Wunsch gegen Berechnung geliefert. Unter 1 Zentner wird nicht abgegeben. Verkaufszeit: 7—1 Uhr.
8799

Pferdefleisch-Verkauf.

Einlösung der Marke 5.
Serie D. Hiegelroter Marken. 1489
Verkaufsstelle: Rheinstraße 66.
Dienstag, den 1. Juni 1920, Nr. 32 901 — 33 800.
Der Verkauf findet nur vormittags statt.
Kopfmenge 125 gr Fleisch oder Würst.
Stadt. Fleischamt.

Die Versorgung der Kranken mit Brot und Mehl betr.

Unter Bezugnahme auf unsere am 4. Februar ds. J. veröffentlichte Anordnung gehen wir hiermit bekannt, daß vom Montag den 31. Mai ds. J. ab an die Stelle der Bäckereien, welche bisher Krankenbrot hergestellt haben, andere Bäckereien treten.

Nachstehend folgt das Verzeichnis der neuen Krankenbrotbäckereien.

Die Krankenbrotbäckereien dürfen das ihnen zur Herstellung von Wasserbrot und Zwieback überlassene Mehl nur für diesen Zweck verwenden; sie haben die eingenommenen Krankenbrotmarken gefontert an der Kartentafel zu verzeichnen und sie erhalten eine neue Belegmehlzuteilung nur nach Maßgabe der abgetesteten Krankenbrotmarken.

Karlsruhe, den 29. Mai 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Verzeichnis der künftigen Krankenbrotbäckereien.

- Alstadt:**
Wißer Wilhelm, Amalienstr. 3.
Seiter Ernst, Erdbringerstr. 35.
Ulrich Friedrich, Hebelstr. 17.
Hübel Karl, Jägerstr. 15.
Schmann Georg, Kronenstr. 42.
Weststadt:
Schroth Jakob, Porfirstr. 36.
Burger Hermann, Uhländstr. 80.
Bumpp Adolf, Lessingstr. 83.
Südweststadt:
Schmalader Gottlieb Kurvenstr. 27.
Reff Heinrich, Böckstr. 26.
Weller Christian, Leopoldstr. 82.
Südstadt:
Ammer Friedrich, Quisenstr. 60.
Speder Friedrich, Weidenstr. 60.
Welfer Gottlob, Wilhelmstr. 75.
Seith Albert, Baumeisterstr. 20.
Oststadt:
Leppert Emil, Lachnerstr. 2.
Korenz Louis, Karl-Wilhelmstr. 26.
Hr Friedrich, Weidenstr. 15.
Mühlburg:
Barquet Ludwig, Rheinstr. 17.
Wungnath Josef, Gludstr. 9.
Winkel Josef, Herderstr. 5.
Westheim:
Gundelinger Joh., Gebhardstr. 43.
Grünwinkel:
Ebert Karl, Durmerheimerstr. 74.
Rintheim:
Schuder Eugen Hauptstr.
Ruppurr:
Appenzeller Friedr., Hedwigstr.
Daxlanden:
Weid August, Malvenstr. 3. 1487

„Mutter und Kind“-Verkaufsstellen.

Mit Wirkung vom 31. Mai ds. J. ab tritt eine Änderung bei den Verkaufsstellen der Mutter- und Kind-Zusätze ein. Von diesem Tage an findet der Verkauf in folgenden Geschäften statt:

- Im Stadtbezirk:**
Lebensbedürfnisverein, Rintheimerstr. 18.
Ludwig Bühler, Lachnerstr. 14.
Emil Bucherer, Jägerstr. 42/44.
H. Biffinger, Ruckardstr. 82.
Pfanntuch u. Co., Filiale, Karl-Friedrichstr. 3.
K. Kranz, Werberplatz 37.
Pfanntuch u. Co., Filiale, Winterstr. 84.
Lebensbedürfnisverein, Ruppurrerstr. 27.
Drogerie Tschering, Ecke Karl- und Amalienstr.
Lebensbedürfnisverein, Herzenstr. 14.
Drogerie Wals, Kurvenstr. 17.
Albert Seydel, Jollystr. 12.
Ottavio Oltner, Kaiserallee 47.
Wilhelm Erbes, Kriegsstr. 173.
H. Schaar, Ecke Lessing- und Sofienstr.
Julius Nagel, Ecke Glud- und Pochstr.
Pfanntuch u. Co., Filiale, Rheinstr. 25.
Grünwinkel:
Franz Wall, Zepplinstr. 15.
Daxlanden:
Gottfried Dannenmaier, Rastwärdstr. 84.
Westheim:
Friedrich Baer, Gebhardstr. 58.
Ruppurr:
Wilhelm Kocher, Ostendorferplatz 4.
Pfanntuch u. Co., Filiale, Rastwärdstr.
Rintheim:
Lebensbedürfnisverein, Hauptstr.
Karlsruhe, den 29. Mai 1920. 1488
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.



Stadt. Fischhalle

hinter dem Vierordtsbad.
Heute frisch eingetroffen:
Kabljan, Schellfische, Teelachs, Nitzungen und Schollen.
Verkauf heute nachmittag von 2—5 Uhr.
Fortsetzung Dienstag und solange Vorrat reicht auch Mittwoch, jeweils vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr. Restmaterial ist mitzubringen.
Nahrungsmittelamt der Stadt
Karlsruhe. 1503

No 1
Gegen
In einer
Aus ver
Organis
gierung
in der A
entlass
Truppe
auf dies
auf diese
sammen
und, der
gen.
Wir ha
der Mitte
Ergebnis
man den
singen n
übergeht.
los verha
ministerium
dieser Fre
Zeile der
entlassen
gehört ha
organisiert
mit aller
präsident
auseror
jeden W
sich die
den gleic
bundes
gegen die
sich die
sagen wer
Die H
fehlt ha
ist auf
so ist
es ein
Beruf
häftig
und mit
wird.
Brot
Beck
angen br
felle, der
vorgewor
keine Hebr
Militär
treiben
gemacht
dieses Jah
Markt, in
stellt. Die
dung u
richer de
hungen
für das
Offizier
Berl
Gesellschaft
beutlich
an der
laut hat.
Die A
Umstand
Abhän
Konferenz
berant
die bedeut
rung der
seine Ver
Bertrag
sierung
kunft die
sollen. G
der Konf
dieser
durch sein
allierten
ferens au
den sich
verfahren.
Ein
In d
die entla
der Freil
fen, um
Verbände
nen zu
Artikels
vom 30.
Aufsorb
korps zu
wegen die